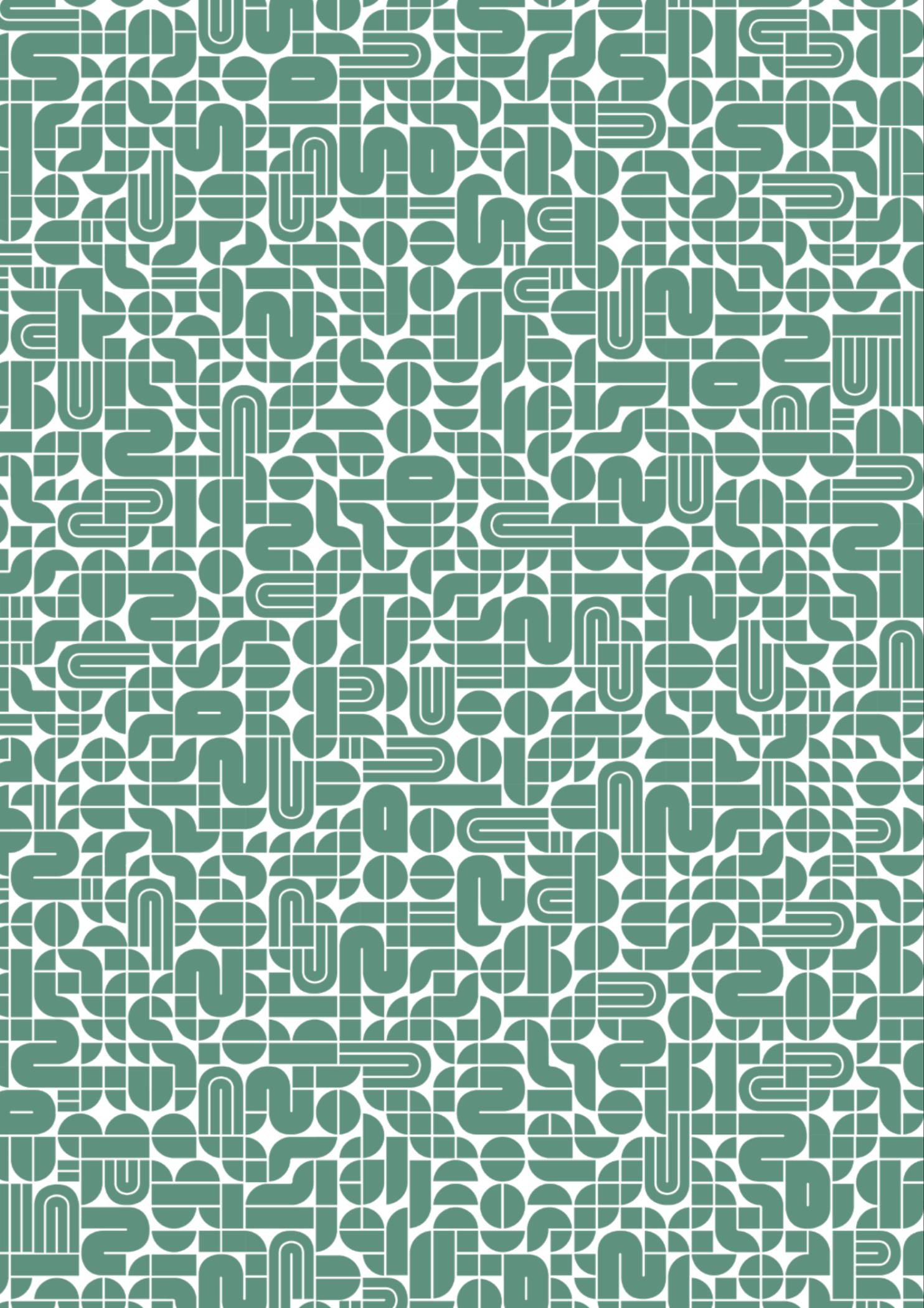




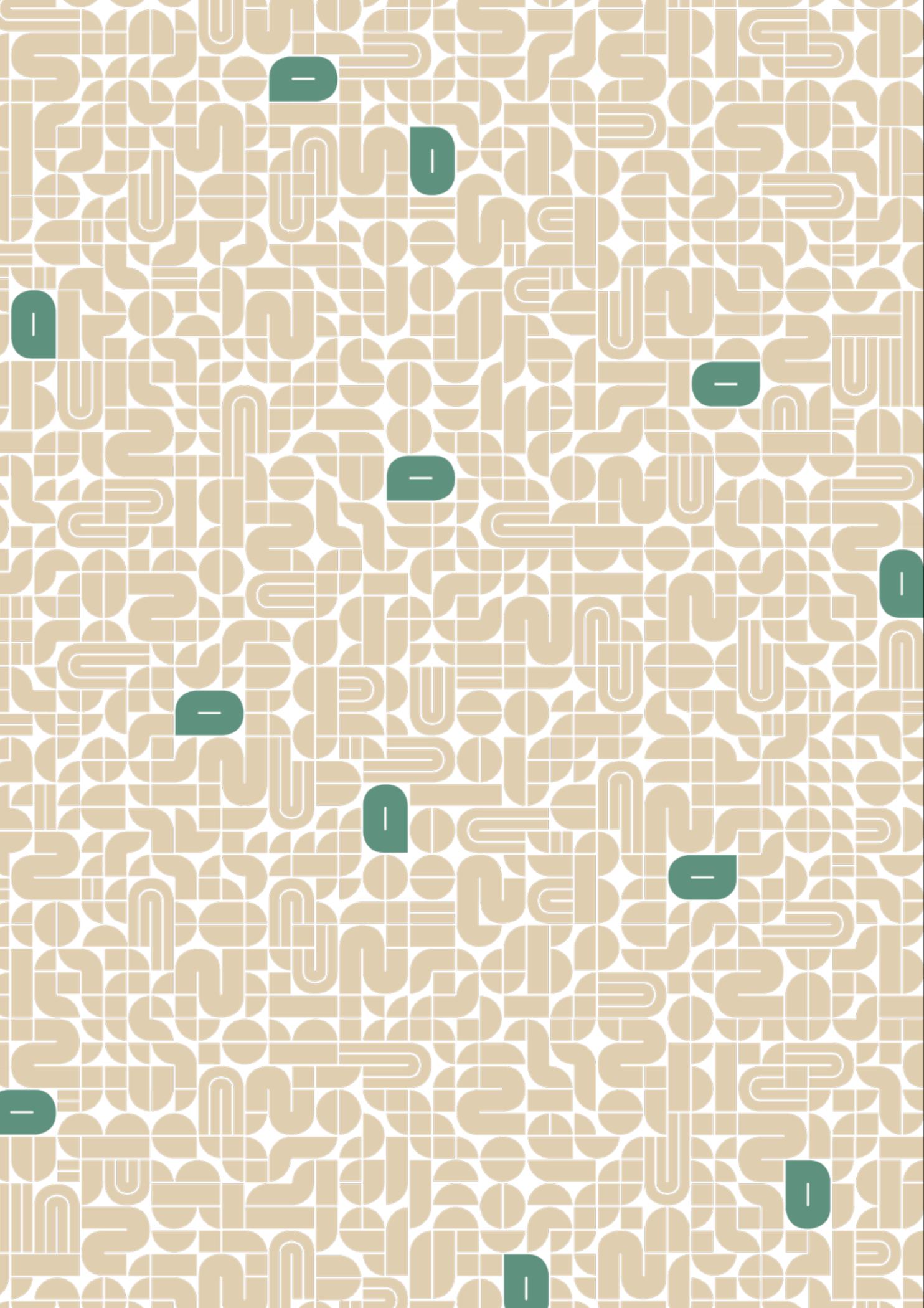
Vorstudie „Demokratiewerk“ – Gemeinsam mehr bewirken





Gliederung Vorstudie „Demokratiewerk“

Vorwort des Ministeriums	5
Zusammenfassung	6
1 Einleitung	8
2 Gegenstand und Ziel der Studie	9
3 Vorgehen	10
4 Ergebnisse	11
4.1 Ist-Zustand	11
4.1.1 Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke	11
4.1.2 Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen	14
4.1.3 Außenwirkung und Reputation	19
4.2 Soll-Zustand	22
4.2.1 Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke	22
4.2.2 Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen	26
4.2.3 Außenwirkung und Reputation	28
4.2.4 Übersicht der Chancen und Herausforderungen.....	32
5 Zielbild und Gelingensbedingungen	34
6 Fazit und Ausblick	38
6.1 Abschließende Betrachtung	38
6.2 Ausblick	39
7 Methodische Vertiefung	40
a. Forschungsdesign, Gütekriterien und Limitationen	40
b. Qualitative Interviews	42
c. Quantitative Umfrage A (Organisationen: Innenperspektive)	43
d. Quantitative Umfrage B (Bürgerinnen und Bürger)	44



Vorwort

Demokratie ist mehr als bloß eine Rechtsform. Sie bildet die zentrale Form des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es mir als Demokratieministerin wichtig, Menschen in Sachsen Demokratie, Demokratietarbeit und politische Bildung näherzubringen, damit sie sie selbst erleben und mitgestalten können. Wie kann das gelingen? Neben anderem, indem wir Demokratieakteurinnen und -akteure und Träger der politischen Bildung unterstützen, ihre Angebote sichtbarer und zugänglicher machen und die Qualität der demokratischen Bildung in Sachsen stetig verbessern. Wenn Akteure dabei noch enger zusammenarbeiten und sich gegenseitig inspirieren, stärkt das die Demokratietarbeit insgesamt – dieses Potential freizulegen, muss unser Ziel sein.

Dies konkretisiert sich in der Vision eines "Demokratiwerks". Damit verbinden wir die Vorstellung einer Werkstatt und einer Ideenschmiede – eines Kraftwerks, angetrieben von den Ideen aller Beteiligten. Wie es dem Thema angemessen ist, verstehen wir ein solches "Demokratiwerk" zum jetzigen Zeitpunkt als Arbeitshypothese. Der in der Studie verwendete Begriff ist aus meiner Sicht anschluss- und ausbaufähig, um im Lauf des Entstehungs- und Partizipationsprozesses näher bestimmt und ausgestaltet zu werden.

Ausgangspunkt dieser Studie ist der Koalitionsvertrag "Gemeinsam für Sachsen. 2019 bis 2024". Darin haben die Regierungsparteien das Ziel festgelegt, die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung weiterzuentwickeln. Damit die Landeszentrale künftig enger mit der Gedenkstättenstiftung, dem Demokratiezentrum, den Jugendverbänden, der Jugendstiftung Sachsen, der Engagementförderung sowie anderen Beteiligten zusammenarbeiten kann, wurde das "Weiterentwicklungskonzept der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung 2023 – 2027" vorgelegt und vom Kabinett beschlossen. Die darin angeregte gemeinsame Unterbringung verschiedener Akteure der Demokratietarbeit und politischen Bildung in einem Gebäude wäre ein wichtiger Schritt in Richtung optimaler Vernetzung und Partizipation, um neue Formen der Kooperation und gemeinsame Projekte ins Leben zu rufen. Denkbar sind u. a. Veranstaltungen, Co-Working-Spaces und eine engere Abstimmung in der Projektförderung. Die Positionierung in einem lebendigen, zentralen, städtischen Umfeld verspricht nicht nur bessere öffentliche Sichtbarkeit, sondern auch leichteren Zugang für verschiedenste Zielgruppen. Damit können sowohl interessierte Bürgerinnen und Bürger als auch ganz neue Zielgruppen auf vielfältige Weise angesprochen und vielfältige praktische, mobile und digitale Angebote unterbreitet werden, die in die Regionen Sachsens ausstrahlen.

Ausgangspunkt der Arbeit des Demokratieministeriums ist es, die Demokratietarbeit und die politische Bildung in Sachsen mit neuen Ideen zu stärken und für ihre Akteure einen Ort der Zusammenarbeit, des Dialogs und des gegenseitigen Austauschs zu schaffen. Welches Potenzial in einem solchen Demokratiwerk stecken, was Gelingenskriterien sind und welche Herausforderungen dabei beachtet werden müssen, steht im Mittelpunkt der vorliegenden Studie.

Katja Meier

Sächsische Staatsministerin der Justiz
und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Zusammenfassung

In einem möglichen „**Demokratiewerk**“ könnten **demokratiestärkende Organisationen** sowie Träger und Einrichtungen der politischen, demokratischen und sozialen Jugend- und Erwachsenenbildung unter einem Dach **zusammenarbeiten**. Ziel dieser Vorstudie es, dieses Vorhaben bzgl. seiner **Chancen, Potentiale und Herausforderungen** zu untersuchen.

Die Vorstudie untersucht in den nachfolgenden Kategorien zunächst den **Ist-Zustand** und eruiert dann, im Rahmen eines **Soll-Zustands, Chancen und Herausforderungen** für das „**Demokratiewerk**“. Abschließend werden Gelingensbedingungen formuliert.

I. Ergebnisse Ist-Zustand:

(1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke:

- Demokratiestärkende Organisationen kennen einander und arbeiten teilweise zusammen. Es fehlen koordinierte Abstimmungen über unmittelbare Netzwerkpartner hinaus.
- Unterschiedliche Förderlogiken erschweren und behindern die Zusammenarbeit zwischen demokratiestärkenden Organisationen.

(2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen:

- Die Arbeitsbedingungen werden sehr heterogen eingeschätzt.
- Der angespannte Immobilienmarkt stellt die Akteure¹ vor große Herausforderungen.
- Personelle und räumliche Kapazitäten werden schon jetzt ausgeschöpft.
- Die Veranstaltungen und Angebote sind gut erreichbar, jedoch nicht für alle Zielgruppen gleichermaßen.
- Es gibt bereits gute Erfahrungen mit geteilten Räumlichkeiten.

(3) Außenwirkung und Reputation:

- Demokratiestärkende Organisationen werden von der Öffentlichkeit als fachliche Expertinnen und Experten wahrgenommen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit gewinnt zunehmend an Bedeutung.
- Organisationen sprechen theoretisch eine breite Zielgruppe an, erreichen aber oft nur einen Teil davon.

II. Ergebnisse Chancen und Herausforderungen:

(1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke:

- Bestehende formelle und informelle Netzwerke sollen den Ausgangspunkt für eine stärkere Zusammenarbeit bilden.
- Die Stärkung des gemeinsamen Austauschs führt zu neuen Perspektiven und kann neue Kooperationen auf den Weg bringen.
- Eine gute Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Standort muss aktiv entwickelt und zielgerichtet sowie partizipativ kuratiert werden.

(2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen:

- Geteilte Dienstleistungen sorgen dafür, dass die Organisationen sich besser auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können.
- Durch verschieden nutzbare Raumkonzepte können kostengünstige und flexible Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.
- Die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen sollten frühzeitig und ganzheitlich mitgedacht werden.
- Sicherheitsmaßnahmen müssen mitbedacht werden, um Risiken angemessen zu begegnen.

(3) Außenwirkung und Reputation:

- Die Zusammensetzung der Akteure im „Demokratiewerk“ sollte das gesamte demokratische Spektrum abbilden.
- Durch eine Mischnutzung sollen Bürgerinnen und Bürger in das „Demokratiewerk“ einbezogen werden.
- Die Sichtbarkeit der eigenen Marke könnte durch eine gemeinsame Außendarstellung verringert werden.
- Ein urban gelegenes Haus sollte das Angebotsgefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen überbrücken können.
- In einem „Demokratiewerk“ zu wirken, wird als ein starkes Zeichen für die Demokratie wahrgenommen.

III. Gelingensbedingungen:

- Nur die richtige Mischung aus großen und kleinen sowie regel- und projektfinanzierten Akteuren verspricht, die Ziele eines „Demokratiewerks“ zu verwirklichen.
- Ein „Demokratiewerk“ sollte als Teil eines größeren Ökosystems gedacht werden, von dem auch Interessengruppen profitieren, die nicht unmittelbar im Haus arbeiten.
- Die Auswahl der Akteure, die in einem möglichen „Demokratiewerk“ arbeiten, muss in einem transparenten Prozess erfolgen.
- Das „Demokratiewerk“ braucht eine eigene, strategische Leitung und Programmatik.
- Die Stimmen marginalisierter Gruppen sollten frühzeitig und kontinuierlich einbezogen werden.
- Um sich stärker auf die inhaltliche Arbeit zu fokussieren, sollte die gemeinsame Nutzung von Dienstleistungen und Infrastruktur voll ausgeschöpft werden.
- Die Mietbedingungen müssen auch für kleine Akteure attraktiv sein.
- Das Spannungsverhältnis von Sicherheitsbedürfnissen und Offenheit muss gut durchdacht sein.
- Das „Demokratiewerk“ soll Demokratie erlebbar machen und als Alltagsort fungieren.

IV. Methodik:

Die Erkenntnisse wurden mit Hilfe eines Mixed-Methods-Ansatzes gewonnen, der Interviews und Umfragen kombiniert. Insgesamt wurden mit der Leitungsebene von 13 Organisationen Interviews geführt. Die Umfragen füllten 30 Mitarbeitende der befragten Organisationen aus. Zusätzlich wurde eine Außenperspektive eingeholt.



¹Dem Begriff „Akteur“ bzw. „Akteure“ liegt in dieser Studie ein institutionelles Verständnis zu Grunde, da hier die mögliche Zusammenarbeit verschiedener Organisationen untersucht wird. Synonyme wären somit: Institutionen, Träger, Vereine, Initiativen oder Organisationen. Wir verstehen den Begriff „Akteur(e)“ explizit nicht als individuelle Person(en). Deshalb wird der Begriff im Folgenden nicht gegendert. Darüber hinaus achten wir auf die Verwendung von geschlechtsneutraler Sprache.

1 Einleitung

Die Demokratie ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, so wie sie verfassungsgemäß im Grundgesetz vereinbart ist. Im Angesicht seit Jahren zunehmender populistischer und extremistischer Tendenzen in Politik und Gesellschaft, wird die Demokratie allerdings vor immer größere Herausforderung gestellt. Auch wenn sie von der Mehrheit der Deutschen als die beste Staatsform angesehen wird (Faus et al. 2019)², sind nur rund 51 Prozent mit dem Funktionieren der Demokratie in der Praxis zufrieden (Best et al. 2023, S. 17)³. In den ostdeutschen Bundesländern sind es sogar nur 34 Prozent (ebd.). Diese Unzufriedenheit wird zunehmend von den politischen Rändern genutzt, wodurch demokratiefeindliche und autoritäre Bewegungen immer mehr Zustrom erhalten.

Die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft ist jedoch Voraussetzung und Garant für Offenheit, Toleranz und Dialogbereitschaft unter den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Bedeutung wurde zuletzt bei den Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes erneut hervorgehoben. Vor über dreißig Jahren, nach friedlicher Revolution und Wiedervereinigung, verabschiedete auch der Sächsische Landtag die Verfassung für den Freistaat Sachsen. Wie das Grundgesetz betont auch die sächsische Verfassung Recht und Freiheit aller Menschen, und gewährt umfassende individuelle und politische Rechte. Hierfür setzen sich viele demokratiestärkende Akteure gezielt ein, die ihrerseits auf Unterstützung angewiesen sind.

Für die Förderung demokratiestärkender Organisationen gibt es verschiedene Ansatzpunkte. Diese Vorstudie untersucht spezifisch, wie ein gemeinsam gestalteter und bespielter Standort zur Unterstützung dieser Akteure beitragen kann. Konkret setzt sich der Bericht mit den Chancen und Herausforderungen eines möglichen „Demokratiewerks“ in Sachsen auseinander. Ziel der Studie ist es, diese Chancen und Herausforderungen zu erfassen und Potentiale eines gemeinsamen Standorts systematisch zu analysieren. Die Idee für die Zusammenarbeit verschiedener Akteure unter einem gemeinsamen Dach, resultiert aus dem Koalitionsvertrag „Gemeinsam für Sachsen. 2019 bis 2024“. Darin heißt es: „Wir streben eine engere Zusammenarbeit zwischen der Landeszentrale, der Gedenkstättenstiftung, dem Demokratiezentrum, den Jugendverbänden und der Jugendstiftung Sachsen sowie der Engagementförderung und anderer an.“ (S. 112) Weiter konkretisiert wurde dieses Vorhaben im Rahmen des Weiterentwicklungskonzeptes der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung 2023–2027, das am 07.11.2023 vom Kabinett beschlossen wurde. Darin heißt es, um „die engere Verzahnung unbüro-

kratisch voran[zu]treiben, [...] wäre die Unterbringung [...] in einem Gebäude [...] ein Akt der Partizipations- und Vernetzungsoptimierung. Denn ein gemeinsames Haus könnte helfen, Abstimmungen über Arbeitspakete, Veranstaltungen, Prüfung von Fördermöglichkeiten, Kooperationsoptionen schneller als bisher [...] zu realisieren. Synergien könnten [...] entstehen. Dies alles würde der interessierten Bürgerschaft und Multiplikator[inn]en helfen, ihren je spezifischen Aufgaben und Interessen nachzukommen.“ (WEK SLpB, S. 19)

Die Beteiligung von Vereinen, Stiftungen und anderen gemeinnützigen Akteuren, die sich für ein demokratisches Miteinander in Sachsen einsetzen, ist daher auch für diese Studie zentral und spiegelt sich entsprechend in der Stichprobenauswahl und der methodischen Herangehensweise wider. Im Rahmen von Interviews und Umfragen konnten die Expertise und Erfahrungen einer Auswahl an demokratiestärkenden Organisationen in die Studie einfließen. Insgesamt wurden 13 Akteure in Sachsen befragt und zusätzlich eine Außenperspektive eingeholt. Dabei wurde anhand von drei zentralen Kategorien (1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke, (2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen sowie (3) Außenwirkung und Reputation zunächst der Ist-Zustand der Organisationen erfasst. Anschließend lag der Fokus auf einem Soll-Zustand und damit auf den Chancen und Herausforderungen, die mit einem möglichen „Demokratiewerk“ aus Sicht der Organisationen verbunden sind.

In der Vorstudie wird zunächst näher auf den Gegenstand und das Ziel der Studie eingegangen (Kapitel 2), gefolgt von einem Überblick über das methodische Vorgehen (Kapitel 3). Das vierte Kapitel beschäftigt sich ausführlich mit den gewonnenen Erkenntnissen. Daran anschließend bietet das fünfte Kapitel einen Überblick über Gelingensbedingungen für das „Demokratiewerk“, die sich aus den Ergebnissen der Datenerhebung ableiten lassen.

Mit einem Fazit (Kapitel 6) und ausführlichen Hinweisen zur angewandten Methodik der Studie schließt die Vorstudie ab (Kapitel 7).

2 Gegenstand und Ziel der Studie

Ziel dieser Vorstudie⁴ ist es, auf Basis eines fundierten Verständnisses des Status quo, Chancen und Herausforderungen für das mögliche „Demokratiewerk“ in Sachsen zu identifizieren. Der Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf der Frage, welche Potentiale ein solches Vorhaben entfalten kann. Dies wird entlang drei vorab definierter Kategorien – (1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke (2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen sowie (3) Außenwirkung und Reputation – untersucht. Die grundsätzliche Idee des „Demokratiewerks“ besteht darin Akteure der politischen, der demokratischen und sozialen Jugend- und Erwachsenenbildung unter einem Dach näher zusammenzubringen und damit die Zusammenarbeit zu verstärken und zu erleichtern. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Orga-

nisationen, die sich mit einem vielseitigen Angebot für ein demokratisches Miteinander einsetzen oder auch Beratungen und Hilfestellungen anbieten. Im Rahmen der Vorstudie wurden Akteure befragt, die möglicherweise an einem zukünftigen „Demokratiewerk“ beteiligt werden könnten. Welche Organisationen konkret Teil sein könnten, ist explizit nicht Gegenstand dieser Untersuchung. Darüber hinaus sind konkrete Ausgestaltungsfragen und Umsetzungspläne eines gemeinsamen Standorts für die demokratiestärkenden Akteure nicht Gegenstand dieser Vorstudie. Weiterführende Aspekte, wie beispielsweise eine Raumbedarfsplanung müssten in einer fortführenden Machbarkeitsstudie gezielt untersucht werden.



Was ist eigentlich das „Demokratiewerk“?

Der Name „Demokratiewerk“ steht für die Idee, dass verschiedene demokratiestärkende Organisation in Sachsen in einem physischen Gebäude gemeinsam „werken“ und wirken. Dies bedeutet beispielsweise die Umsetzung gemeinsamer Projekte und Veranstaltungen. Weitere Aspekte eines solchen „Demokratiewerks“ sind bewusst offengehalten, um einen Gestaltungsspielraum für das weitere Vorgehen zu lassen. Aus der Arbeit unter einem Dach könnten Synergieeffekte, vertiefte Kooperationen, neue Projektideen und Veranstaltungsformate resultieren. Die Akteure hätten potentiell die Möglichkeit, als Impulsgeber für Andere zu agieren und zugleich neue Impulse für die eigene Arbeit zu erhalten. Außerdem könnte dies zu mehr Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und einer effizienteren Ressourcennutzung führen.

Was ist mit demokratiestärkenden Organisationen gemeint?

Demokratiestärkende Organisationen sind beispielsweise Institutionen und Träger der politischen, demokratischen und sozialen Jugend- und Erwachsenenbildung. Sie zeichnet aus, dass sie sich für ein demokratisches Miteinander einsetzen. Diese Definition ist zunächst bewusst offengehalten, um in der Vorstudie von den Erfahrungswerten und Ideen möglichst unterschiedlicher Akteure zu profitieren: Große und kleine, etablierte und neue Akteure, sowie regel- und projektfinanzierte Organisationen mit unterschiedlichen Rechtsformen.

²Faus, R., Mannewitz, T., Storks, S., Unzicker, K., Vollmann, E. (2019). Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien: Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Bertelsmann Stiftung.

³Best, V., Decker, F., Fischer, S. & Küppers, A. (2023). Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung.

⁴Für eine größere sprachliche Varianz werden sowohl die Begriffe ‚Vorstudie‘ als auch ‚Studie‘ verwendet.

3 Vorgehen

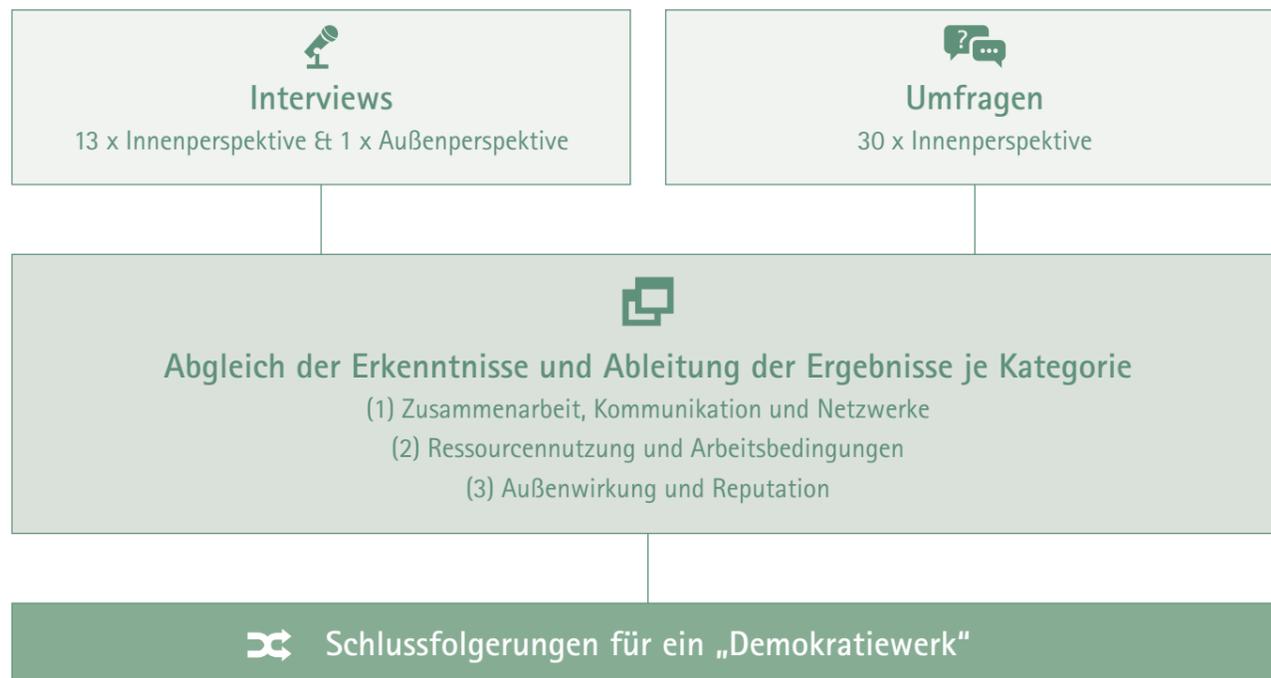
In der Vorstudie bietet die Kombination aus quantitativen Methoden (Umfragen) und qualitativen Methoden (Interviews) eine umfassende und vielschichtige Perspektive auf den Untersuchungsgegenstand. Dieser Mixed-Methods-Ansatz eignet sich besonders für eine Vorstudie, um diverse Aspekte zu beleuchten und ein tieferes Verständnis für die Thematik zu entwickeln. Darauf aufbauend können Forschungsfragen und -design für eine potentielle Machbarkeitsstudie identifiziert werden.

Während quantitative Verfahren eine höhere Vergleichbarkeit der Daten gewährleisten, ermöglichen es qualitative Erhebungen, spezifische Inhalte zu vertiefen. Die Ergebnisse der Vorstudie basieren auf 13 Interviews, die mit Akteuren der politischen, politisch-historischen sowie Demokratiebildung in Sachsen geführt wurden. Um die Perspektive der sächsischen Akteure zu ergänzen, wurde zudem ein Interview mit einer Organisation außerhalb Sachsens geführt. Darüber hinaus nahmen insgesamt 30 Mitarbeitende der interviewten Organisationen an zwei kumulierten Umfragen teil.

Die Stichprobe der befragten Organisationen wurde in Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) erstellt. Die Namen der befragten Organisationen und Personen werden aus Gründen der Anonymität nicht veröffentlicht.

Die Interviews und Umfragen wurden entlang der bereits benannten Untersuchungskategorien erstellt: (1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke, (2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen sowie (3) Außenwirkung und Reputation. Je Kategorie gab es eine Teilung der Fragen in Ist- und Soll-Zustand.

Nach der Datenerhebung wurden die gewonnenen Daten analysiert und miteinander auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten untersucht. Danach wurden die Interview- und Umfrageergebnisse jeweils zusammengefasst und miteinander abgeglichen. Darauf basierend wurden schließlich von den Autoren Schlussfolgerungen für ein mögliches „Demokratiewerk“ formuliert.



Vorgehensweise für die Vorstudie „Demokratiewerk“

4 Ergebnisse

4.1 Ist-Zustand

Der Ist-Zustand der Arbeit der verschiedenen demokratie-stärkenden Organisationen beschreibt den aktuellen Stand ihrer Aktivitäten, Strukturen und Arbeitsprozesse. Ein detailliertes Verständnis des Status Quo ist unerlässlich, um im „Demokratiewerk“ aktuellen Herausforderungen adäquat zu begegnen und positive Aspekte aufzugreifen und zu verstärken. Der thematische Fokus liegt dabei auf den nachfolgenden Kategorien und Leitfragen:

(1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke:

- Wie gestaltet sich aktuell die Zusammenarbeit, der Austausch und die Kommunikation zwischen den Organisationen?
- Welche Möglichkeiten des fachlichen Austausches bestehen und werden genutzt?
- Was funktioniert bereits gut und wo gibt es gegebenenfalls Hemmnisse?

(2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen:

- Unter welchen Bedingungen, vor allem mit Blick auf Büroausstattung, Lernräume, Arbeitsumgebung und Erreichbarkeit arbeiten die befragten Organisationen aktuell?
- Welche personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen stehen den Organisationen zur Verfügung?
- Wie beurteilen die befragten Organisationen den Status quo mit Blick auf Arbeitsbedingungen und Ressourcen?

(3) Außenwirkung und Reputation:

- Wie wird die Öffentlichkeitsarbeit der Organisationen derzeit organisiert und welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung?
- Wie werden Zielgruppen derzeit auf die Organisationen und ihre Angebote aufmerksam?
- Wie wird die öffentliche Wahrnehmung und Reputation der Organisationen insgesamt bewertet?

Ein zentraler Aspekt liegt auf der Art und Weise, wie demokratie-stärkende Organisationen untereinander kommunizieren und zusammenarbeiten. Dabei wird untersucht, ob es regelmäßige Kooperationen gibt und wie stark der (strategische und planvolle) Vernetzungsgrad ist. Im Anschluss daran werden die Nutzung vorhandener Ressourcen und die Arbeitsbedingungen betrachtet. Hierbei wird erhoben, wie finanzielle, materielle und personelle Ressourcen eingesetzt werden und, ob die Arbeitsbedingungen förderlich für die Mitarbeitenden sind. Die Außenwirkung und Reputation der Organisationen werden zuletzt betrachtet.

4.1.1 Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke

Im Folgenden werden die bestehenden Austauschstrukturen und -prozesse der Organisationen näher betrachtet. Ein Augenmerk liegt dabei auch auf der Identifikation von aktuellen Hemmnissen, die eine effektive Zusammenarbeit und Kommunikation beein-

trächtigen können. Ziel ist es, konkrete Ansatzpunkte zur Verbesserung und Optimierung der Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zu identifizieren.

Zentrale Erkenntnisse:



Ist-Zustand: Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke

- Demokratiestärkende Organisationen kennen einander und arbeiten teilweise zusammen. Es fehlen koordinierte Abstimmungen über unmittelbare Netzwerkpartner hinaus.
- Unterschiedliche Förderlogiken erschweren und behindern die Zusammenarbeit.

1 Demokratiestärkende Organisationen kennen einander und arbeiten teilweise zusammen. Es fehlen koordinierte Abstimmungen über unmittelbare Netzwerkpartner hinaus.

Die meisten der Befragten sind sich einig: Die Vernetzung zwischen demokratiestärkenden Organisationen in Sachsen ist gut etabliert. Dazu eine befragte Person⁵: „Teilweise sind es Vereine, teilweise sind es Netzwerkstellen [...], das ist schon sehr, sehr gut gewachsen in Sachsen“. Diese Vernetzung erfüllt eine doppelte Funktion: Sie ermöglicht sowohl den Austausch von Wissen als auch das Lernen voneinander. Zudem bedeute „ein Netzwerk, eine Stimme zu haben oder anderen eine zu geben“. Eine weitere befragte Person hält fest, dass die Organisation „aufgrund guter Vernetzung über sächsische Partnerorganisationen bestens informiert“ sei. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte für gemeinsame Themen, Wissensaustausch aber auch ein besseres Verständnis füreinander. Die befragten Organisationen gaben zudem an, dass sie im Durchschnitt rund die Hälfte ihrer Veranstaltungen im letzten Jahr in Kooperation mit anderen Akteuren durchgeführt haben.

Diese beschriebene gute Vernetzung und Zusammenarbeit erfolgt laut Interviewten aber oft anlassbezogen, und themenspezifisch. Das habe zur Folge, dass in der Regel keine dauerhafte und strategisch geplante Vernetzung bestehe. Etwa die Hälfte der Befragten bemängelt, dass der strategische Austausch wenig ausgeprägt und institutionalisiert sei, was zu einer unabgestimmten Zusammenarbeit führe. Eine Befragte äußerte: „Es ist ein Abstimmungsbedarf da, zu Zuständigkeiten und Aufgaben“. Viele Organisationen arbeiten an ähnlichen Themen, ohne auf das Wissen und Können anderer zurückzugreifen. Das führt zu doppeltem Aufwand und ineffizientem Ressourceneinsatz, stellt eine Interviewte fest.

Eine befragte Person verweist auf den Einfluss der inhaltlichen und physischen Entfernung: „Je mehr Zielgruppen [und Themen] auseinandergehen und je mehr räumliche Distanz [existiert], desto weniger Vernetzung“ findet statt. Netzwerktreffen, die von der eigenen Hauptthematik abweichen, werden auch aufgrund des hohen Ressourcenaufwands dann nicht immer besucht. Dies sei in der Projektförderung oft finanziell nicht ausreichend einge-

plant, kritisiert die Mehrheit der Interviewten. Außerdem berichten viele Befragte, dass Koordination und Kooperation zunächst mehr Aufwand verursachen – ein unmittelbarer Vorteil sei nicht spürbar.

Die Effektivität der Kooperationen hängt zudem stark vom Engagement sowie dem Anstellungsverhältnis der Mitarbeitenden ab. Festangestellte können kontinuierlicher an Vernetzungsprozessen arbeiten, während Ehrenamtliche oft weniger Zeit und Ressourcen zur Verfügung haben, hebt eine Befragte hervor.

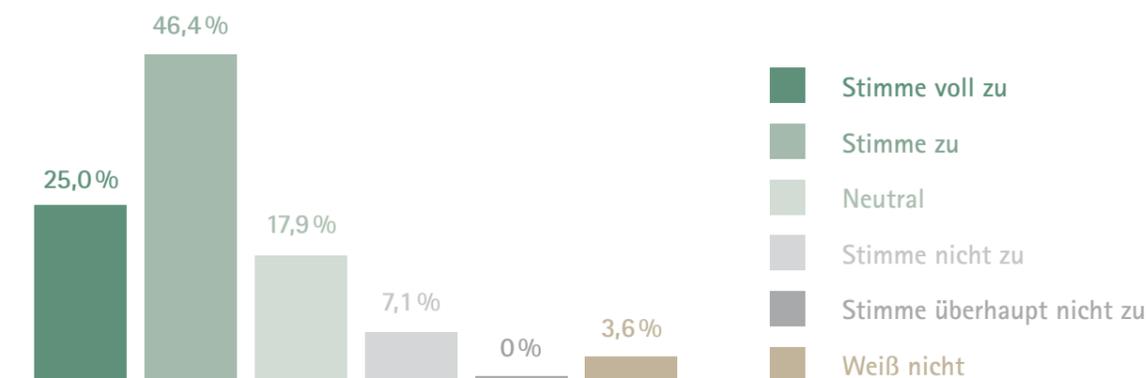
Insgesamt leisten bestehende Netzwerke einen wertvollen Beitrag, der sich aber oft auf spezifische Themenbereiche fokussiert. Aktuell konzentrierte sich der Austausch zwischen demokratiestärkenden Organisationen „häufig auf finanzielle Fragen, statt auf strategische und projektbezogene Aspekte“, konstatiert eine Befragte.

Durch den informellen Austausch einzelner Personen auf Veranstaltungen bleibt das Wissen und Können oft an Individuen gebunden. In der Folge mangelt es an einer systematischen wie systemischen und flächendeckenden Zusammenarbeit der Organisationen. Potentiale für umfassendere Kooperationen werden zu wenig genutzt und können aufgrund fehlender Ressourcen oft nicht adäquat wahrgenommen werden.

Trotz dieser Herausforderungen ist der Wille zur stärkeren Vernetzung groß: In Zukunft wünschen sich rund 71 Prozent der Befragten eine stärkere Zusammenarbeit. Viele sehen darin eine Chance, ihre Kräfte zu bündeln, Synergien zu nutzen und gemeinsam wirkungsvollere Projekte zu realisieren.

⁵Die in diesem Text verwendeten Geschlechterbezeichnungen wurden zufällig gewählt, um die Anonymisierung der befragten Personen zu gewährleisten. Sie lassen daher keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Geschlecht der Befragten zu.

Ich wünsche mir mehr Zusammenarbeit mit anderen demokratiestärkenden Organisationen.



Der Wille zur stärkeren Vernetzung ist groß.

2 Unterschiedliche Förderlogiken erschweren und behindern die Zusammenarbeit.

Die befragten Akteure sind sich einig darüber, dass die aktuelle Förderstruktur/-finanzierung eine organisationsübergreifende Zusammenarbeit erschwert. Begründet wird dies mit der „Versäulung“ der verschiedenen zuständigen Ministerien und ihrer jeweiligen Förderlogiken. Das erschwert den Organisationen die Zusammenarbeit, da sie mit unterschiedlichen Förderbedingungen und fehlender Abstimmung zwischen Ressorts konfrontiert sind, was zu bürokratischen Hürden und ineffizientem Ressourceneinsatz führt. Zudem werden Kooperationen und der dafür notwendige Personaleinsatz zu wenig bis gar nicht in den Förderlogiken mitgedacht.

Hinzu kommen Transparenzdefizite seitens der fördernden Institutionen. In einem Interview wurde beispielsweise beanstandet, dass nicht immer ersichtlich sei, warum eine Organisation ein umfassendes Mittelpaket bekommt, während eine andere Organisation leer ausgehe. Diese Gemengelage führt mitunter zu einem Konkurrenzverhalten unter den Organisationen, das sich insbesondere in Zeiten von Haushaltskürzungen bemerkbar macht und sich selbstredend negativ auf mögliche Partnerschaften auswirkt.

Um die Effektivität und Effizienz der Zusammenarbeit zwischen den Organisationen positiv zu beeinflussen, seien gezielte, langfristig strategische Absprachen untereinander wichtig. Durch eine klare Aufgabenverteilung und die Integration von Vernetzungsaktivitäten in die Projektfinanzierung könnten die Ressourcen besser genutzt und Doppelstrukturen vermieden werden – empfehlen die Befragten. Eine daraus resultierende aufeinander abgestimmte und transparente Förderpolitik könnte folglich dazu beitragen, die Zusammenarbeit der demokratiestärkenden Organisationen zu verbessern und somit die Landschaft insgesamt zu stärken.

4.1.2 Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen

In diesem Kapitel erfolgt eine Auswertung der Ergebnisse zu den Arbeitsbedingungen der Akteure sowie zur Verfügbarkeit und Nutzung finanzieller, materieller und personeller Ressourcen. Ziel

ist es, konkrete Anhaltspunkte zur Verbesserung und Optimierung der Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen zu identifizieren.

Zentrale Erkenntnisse:



Ist-Zustand: Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen

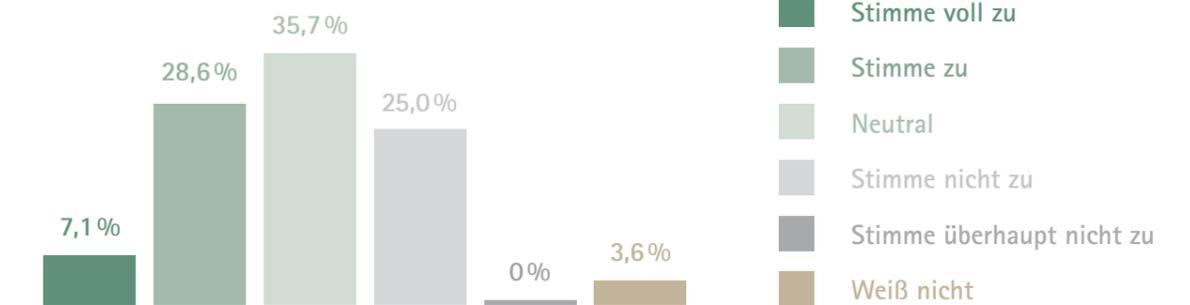
- Die Arbeitsbedingungen werden sehr heterogen eingeschätzt.
- Der angespannte Immobilienmarkt stellt die Akteure vor große Herausforderungen.
- Personelle und räumliche Kapazitäten werden schon jetzt ausgeschöpft.
- Die Veranstaltungen und Angebote sind gut erreichbar, jedoch nicht für alle Zielgruppen gleichermaßen.

1 Die Arbeitsbedingungen werden sehr heterogen eingeschätzt.

Die Befragten schätzen ihre aktuellen Arbeitsbedingungen sehr unterschiedlich ein. Während 36 Prozent ihre Arbeitsbedingungen als „neutral“ wahrnehmen, geben weitere 36 Prozent der Befragten an, dass sie mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden sind. Eine Befragte berichtet davon, dass die „Organisation [...] seit Jahren andere Räumlichkeiten“ sucht. Es gibt derzeit nicht für alle Mitarbeitenden Arbeitsmöglichkeiten mit der Folge, dass „viele im Homeoffice sind“. Die Mehrheit der Interviewten merkt an, dass es außerdem zu kleine oder keine Räume gibt, in denen sich die Mitarbeitenden für Besprechungen und zum Austausch treffen können. Es wird allerdings auch ein anderes, gegensätzliches Bild vermittelt. Eine Interviewte äußert, dass ihre Organisation „entsprechend große Räumlichkeiten“ bezogen hat, in denen den Mitarbeitenden ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Darüber hinaus gibt es einen Meeting- bzw. Seminarraum.

Die Arbeitsbedingungen demokratiestärkender Organisationen unterscheiden sich vor allem aufgrund ihrer jeweiligen Finanzierung. Staatliche Organisationen und jene Institutionen, die regelhaft über den Landeshaushalt finanziert werden, verfügen meist über stabile personelle und räumliche Ressourcen sowie langfristige Finanzierungen. Vor allem letzteres bietet die sichere Grundlage für strategisches Arbeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Organisationen, die sich „von Projekt zu Projekt hangeln“ stehen finanziell und mit Blick auf Ihre Arbeitsbedingungen deutlich instabiler da. Eine Planungssicherheit fehlt. Dies führt zu prekären Arbeitsverhältnissen, wie es eine Interviewte ausdrückt. Begrenzte Finanzierungszeiträume sind unweigerlich mit hoher Personalfuktuation verbunden. Zudem werden Defizite in den Bereichen Lernräume und Fortbildungen, Arbeitsumgebung sowie Erreichbarkeit der Arbeitsstelle geäußert.

Unsere aktuellen Arbeitsbedingungen sind mit Blick auf Büroausstattung, Lernräume/Fortbildungen, Arbeitsumgebung und Erreichbarkeit sehr gut.



Es ergibt sich ein heterogenes Stimmungsbild zu den Arbeitsbedingungen.

2 Der angespannte Immobilienmarkt stellt die Akteure vor große Herausforderungen.

Zahlreiche Befragte verweisen auf finanzielle Mehrbelastungen in Folge gestiegener Mieten. So erklärt eine Interviewte, dass die „Mietkosten noch durch Spenden gestemmt werden [können]“. Der angespannte Immobilienmarkt könnte dazu führen, dass einige Organisationen ihre aktuellen Räumlichkeiten zukünftig aufgeben müssen. Vermutlich bleibt den Akteuren dann nur die Option, kostengünstigere Standorte in weniger zentralen Lagen zu wählen.

besonders, da es bereits zu Angriffen auf Büro- und Beratungsräume gekommen ist. Zudem müssen geeignete Räume sowohl für Mitarbeitende als auch für Besuchende barrierefrei oder zumindest barrierearm gestaltet sein. Dies sei bei bestehenden Räumlichkeiten eine Herausforderung, da viele Standorte nicht den Anforderungen an Barrierefreiheit genügen.

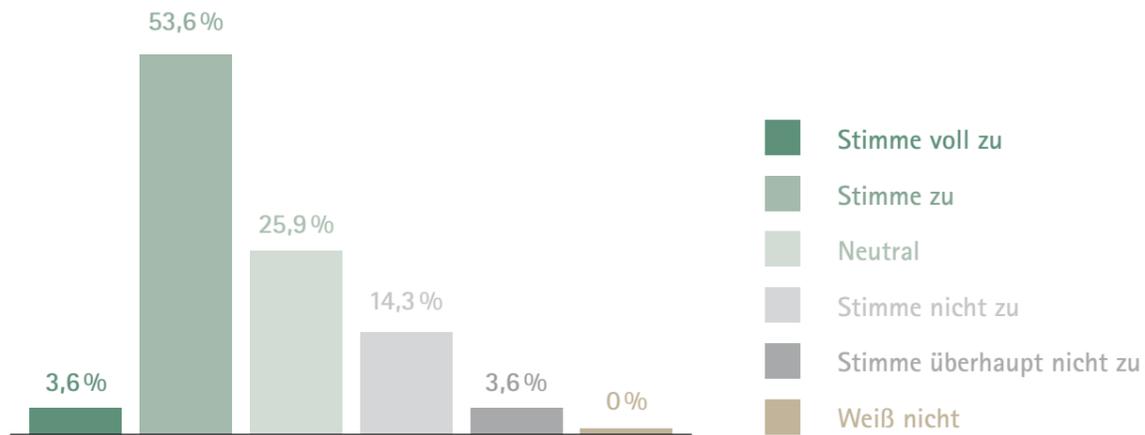
Des Weiteren wird die Suche nach neuen Räumlichkeiten durch zwei wesentliche Faktoren erschwert: Sicherheitsanforderungen und Barrierefreiheit. Bereits jetzt werden Sicherheitsüberlegungen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten berücksichtigt. Einige demokratiestärkenden Organisationen betonen diesen Punkt

3 Personelle und räumliche Kapazitäten werden schon jetzt ausgeschöpft.

Zunehmend wird die Bereitstellung von Veranstaltungsräumen und Arbeitsplätzen zum Problem. Etwas mehr als die Hälfte der Interviewten gibt an, dass bereits jetzt nicht für jede angestellte Person ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht und dass nicht alle zeitgleich im Büro arbeiten können. Mit Blick auf die nächsten fünf Jahre gab die Mehrheit der Befragten an, dass sie damit rechnen zusätzliches Personal einzustellen, um den steigenden Anforderungen gerecht werden zu können. Jedoch verschärfen Sparmaßnahmen und Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Finanzierung die Situation zusätzlich. Ein flexibles Reagieren auf personelle und räumliche Anforderungen ist daher kaum möglich, so die Einschätzung der Interviewten. Das wirkt sich ihrer Erfahrung nach auch auf die Anstellungsverhältnisse aus. Knapp die Hälfte der Interviewten konstatiert, dass sie keine ausreichend stabile Arbeitsverhältnisse anbieten können. Wodurch sie die Attraktivität dieser Arbeitsplätze und die Motivation der Mitarbeitenden als negativ beeinflusst sehen.

Auch ihre Räumlichkeiten sehen die Mehrheit der Befragten in Bezug auf ihr Angebot als unzureichend an. In der Umfrage wird deutlich, dass rund 57 Prozent der Aussage (voll) zustimmen, dass die aktuellen räumlichen Kapazitäten bzw. Ausstattung das Angebot der demokratie-stärkenden Organisationen limitieren. Die wachsende Nachfrage nach den Angeboten der Akteure verschärft die Situation zusätzlich. Insbesondere bei den Beratungsangeboten, wie in den Interviews oft mitgeteilt wurde. Diese räumlichen Einschränkungen erschweren sowohl die Durchführung von Veranstaltungen als auch die interne Kommunikation, externe Zusammenarbeit und kreative Prozesse. Die Notwendigkeit, externe Räume anzumieten, verursache zusätzliche Kosten und Mehraufwand.

Unsere aktuellen räumlichen Kapazitäten/ räumliche Ausstattung limitieren unser Angebot.

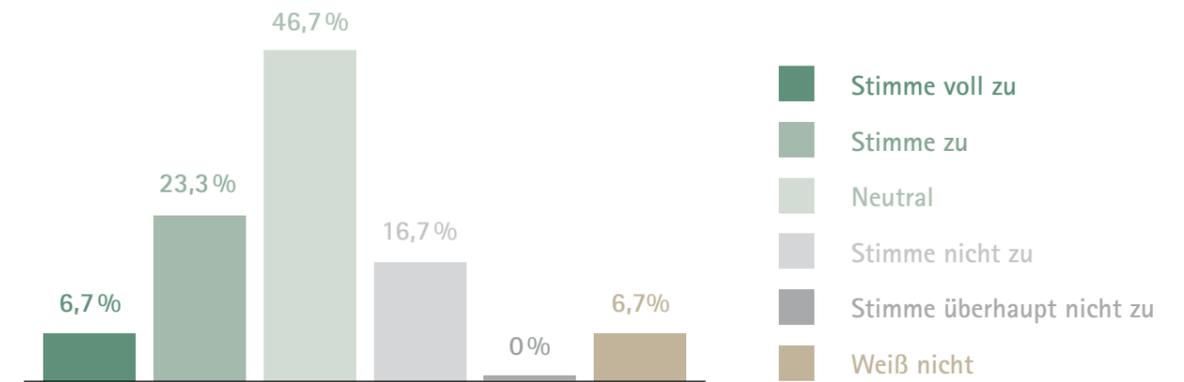


Räumliche Kapazitäten können das Angebot limitieren.

In der Tendenz gehen die Befragten in den nächsten fünf Jahren von einem höheren Raumbedarf aus (rund 30 Prozent (volle) Zustimmung, rund 47 Prozent „neutral“). Aus

den Gesprächen mit der Führungsebene wird deutlich, dass aufgrund der steigenden Nachfrage nach Veranstaltungen größere Räumlichkeiten benötigt werden.

In den nächsten fünf Jahren rechnen wir mit einem höheren Raumbedarf für unsere Veranstaltungen.



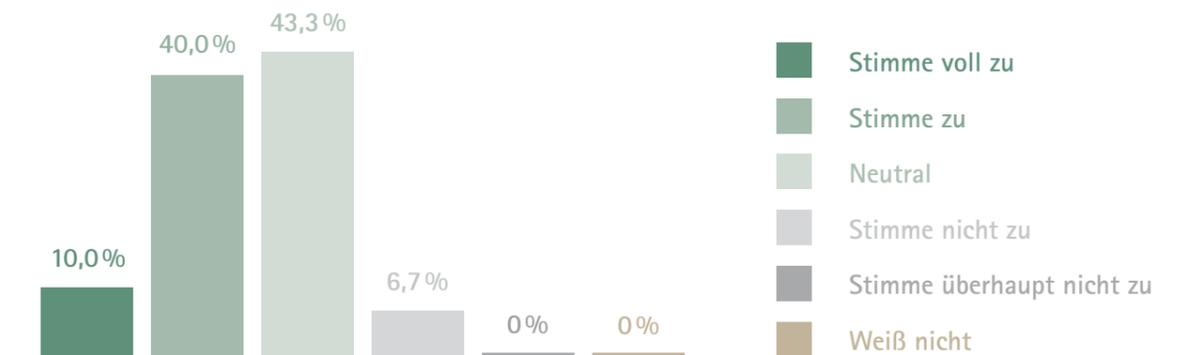
Räumliche Kapazitäten sind aufgrund der steigenden Nachfrage zunehmend ausgeschöpft.

4 Die Veranstaltungen und Angebote sind gut erreichbar, jedoch nicht für alle Zielgruppen gleichermaßen.

Aus den räumlichen Ressourcen ergeben sich auch Auswirkungen auf die Zielgruppen. Grundsätzlich wird die Erreichbarkeit der Veranstaltungen und Angebote für die jeweiligen Zielgruppen von der Hälfte der Befragten als „gut“ bewertet. Etwa 43 Prozent beschreiben die Erreich-

barkeit als „neutral“. Die aktuellen Standorte scheinen demnach mindestens angemessen bis gut gelegen zu sein. Dadurch wird es den Zielgruppen erleichtert Angebote und Dienstleistungen zu nutzen.

Unsere Veranstaltungen und Angebote sind für unsere Zielgruppen gut erreichbar.

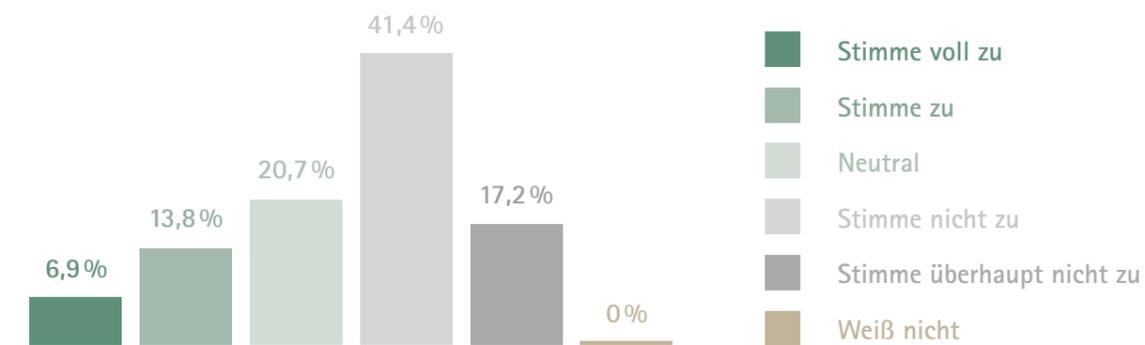


Die Veranstaltungen und Angebote erreichen die Zielgruppe.

Differenziert man die Frage weiter, wird deutlich, dass die Attraktivität für schwer erreichbare Zielgruppen (z. B. Ältere, Menschen mit Behinderung) deutlich negativer

ausfällt: Insgesamt bewerten rund 72 Prozent der Befragten ihre Standortbedingungen hierbei kritisch.

Unsere aktuellen Standortbedingungen (d.h. Lage, Erreichbarkeit, Barrierefreiheit) fördern unsere Attraktivität für unsere Zielgruppe und schließen keine relevanten Zielgruppen⁶ aus.



Räumliche Kapazitäten können das Angebot limitieren.

5 Es gibt bereits gute Erfahrungen mit geteilten Räumlichkeiten.

Insbesondere neu gegründete oder kleine Organisationen stehen vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, wenn es darum geht, geeignete Arbeitsräume anzumieten. Häufig sind sie gezwungen, sich in provisorischen Treffpunkten wie „Küchen oder Kneipen“ zu versammeln. Diese bieten jedoch nicht die stabile Infrastruktur, die für eine effektive Zusammenarbeit und Teambildung notwendig ist. Der Mangel an geeigneten Räumlichkeiten kann die Entwicklung und den Erfolg demokratiestärkender Organisationen erheblich begrenzen.

Ein erprobter Lösungsansatz dieser Mietproblematik ist die gemeinschaftliche Nutzung von Büroflächen, berichten drei Organisationen. Diese Methode hat sich als laut einer Befragten als effizient erwiesen und wird als „befruchtend für die eigene Arbeit“ wahrgenommen. Eine weitere Person betont, dass „geteilte Räume geteiltes Vertrauen“ bedeute, was sich auch auf die Zusammenarbeit ausgewirkt habe. Durch die gemeinsame Nutzung werden die Zusammenarbeit und der Austausch unter den Akteuren intensiviert, was oft zu einer stärkeren Vernetzung und gegenseitigen Unterstützung führt.

4.1.3 Außenwirkung und Reputation

Im Folgenden wird der aktuelle Stand der Außenwirkung und Reputation der befragten Akteure analysiert. Das Kapitel beinhaltet Aspekte zur Wahrnehmung der Organisationen durch die

Öffentlichkeit, Mitwirkende und andere relevante Interessenträger. Ein weiterer Fokus liegt auf der Erreichung der Zielgruppen. Es ist das Ziel, Stärken und Herausforderungen herauszuarbeiten.

Zentrale Erkenntnisse:



Ist-Zustand: Außenwirkung und Reputation

- Demokratiestärkende Organisationen werden von der Öffentlichkeit als fachliche Expertinnen und Experten wahrgenommen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit gewinnt zunehmend an Bedeutung.
- Organisationen sprechen theoretisch eine breite Zielgruppe an, erreichen aber oft nur einen Teil davon.

1 Demokratiestärkende Organisationen werden von der Öffentlichkeit als fachliche Expertinnen und Experten wahrgenommen.

Durch eigene Öffentlichkeits- und Pressearbeit informieren die Organisationen, stellen der Öffentlichkeit Wissen, Fakten und Inhalte zur Verfügung. Ihrer Einschätzung nach genießen demokratiestärkende Organisationen ein hohes Ansehen. Eine Befragte drückt es folgendermaßen aus: „Wir sind ein Name und positioniert“. Ein anderer Befragter betont, dass seine Organisation einen „sehr, sehr hohen Bekanntheitsgrad in Sachsen [hat] und [damit] einen sehr, sehr hohen Vernetzungsgrad“. Ähnliche Aussagen tätigen auch die anderen Akteure. In einem Interview heißt es: „Wir werden innerhalb der zivilgesellschaftlichen Träger auch als Expert:innen wahrgenommen“. Sie spielen eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung von

aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, politischen Entscheidungen und sozialen Fragestellungen, was sich beispielsweise durch Medienanfragen zeigt. Ihre Mitarbeitenden verfügen über umfangreiche Fachkenntnisse, betonen alle befragten Organisationen.

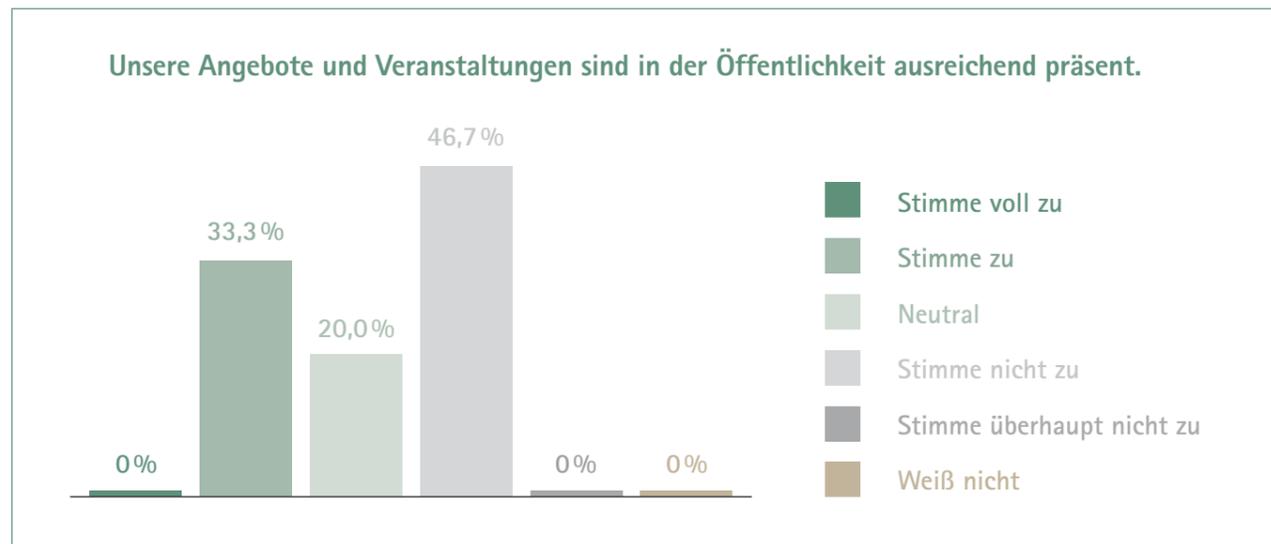
⁶Zielgruppen sind u.a. ältere Menschen, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie Menschen der queeren Community.

2 Die Öffentlichkeitsarbeit gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Die Öffentlichkeitsarbeit trägt entscheidend dazu bei, die Arbeit der Organisationen in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dabei ist es unerlässlich verschiedene Kommunikationskanäle zu nutzen. In der heutigen digitalen Welt gehört auch zwingend eine Social Media-Präsenz zum Umfang der Kommunikationsmaßnahmen der Organisationen dazu. Eine Person betont deshalb: „Wer denkt, er braucht [Social Media] nicht, dem kann nicht geholfen werden“. Diese Bemerkung unterstreicht, wie unerlässlich es geworden ist, über digitale Kommunikationskanäle die eigene Arbeit vorzustellen, Ergebnisse zu veröffentlichen, Diskursräume zu gestalten und auf Angebote der Organisationen hinzuweisen. Die Organisationen treten auf diese Weise mit der Öffentlichkeit in Kontakt.

Dennoch zeigt sich, dass die Qualität und Quantität der Öffentlichkeitsarbeit stark variieren. Während einige Organisationen es sich leisten können, ihre Botschaften angemessen und professionell zu kommunizieren sowie über Projekte und Veranstaltungen zu informieren, geben andere an, dass die Öffentlichkeitsarbeit oft hinter der Projektarbeit zurückbleibt. Eine Person stellt in diesem Zusammenhang fest: Es gibt „viele Menschen, die unsere Projekte nutzen könnten, aber nicht von uns hören“.

Dieses gemischte Stimmungsbild bestätigt sich in der Umfrage: Während ein Drittel der Befragten mit der öffentlichen Präsenz ihrer Angebote zufrieden ist, geben rund 47 Prozent an, nicht ausreichend präsent zu sein.



Die Angebote und Veranstaltungen sollten noch mehr Präsenz in der Öffentlichkeit bekommen.

3 Organisationen sprechen theoretisch eine breite Zielgruppe an, erreichen aber oft nur einen Teil davon.

Im Rahmen der Vorstudie wurde eine diverse Akteursgruppe befragt. Aus der Selbstbeschreibung ihrer jeweiligen Zielgruppen, ergibt sich in Summe theoretisch eine sehr breite Abdeckung der zu erreichenden Menschen in Sachsen. So richten sich beispielsweise Informations- und Diskussionsveranstaltungen an ein allgemein interessiertes Publikum, während Beratungsangebote speziell für Menschen gedacht sind, die unmittelbar Hilfe für ihren spezifischen Fall suchen. Didaktische Veranstaltungen hingegen sind für Bildungsakteure wie Lehrkräfte konzipiert. Im besten Fall sei es laut einer Befragten das Ziel „alle Zielgruppen zu erreichen“.

In der Praxis zeigen sich hier noch Defizite. Viele demokratie-stärkende Akteure organisieren Veranstaltungen zu verschiedenen Themen, um ein breites Angebot für die interessierte Öffentlichkeit zu schaffen. Tatsächlich wird aber häufig eine homogene Zielgruppe angesprochen, da die Veranstaltungen auf ein Publikum zugeschnitten sind, das bereits in einem bestimmten Bildungs- und sozialen Umfeld verankert ist. Eine Person merkt hierzu an: „[Bei der] Erreichung der Zielgruppe gibt es Aufholbedarf“. Das kann wiederum dazu führen, dass die Formate und Inhalte nicht auf die Bedürfnisse und Interessen von Personen außerhalb dieser Gruppe abgestimmt werden. Für neue Zielgruppen, insbesondere für solche aus sozial benachteiligten Schichten, mit geringem Bildungszugang oder marginalisierte Gruppen, entstehen daher nicht selten Zugangshürden, um an diesen Veranstaltungen teilzunehmen. Die mangelnde Anpassung an ihre Bedürfnisse verstärkt die Barriere zur Teilnahme. Für die Praxis der politischen Bildung gibt es daher die Herausforderung, insbesondere jene Gruppen anzusprechen, die sich außerhalb der üblichen Bildungsmilieus und sozialen Echo-kammern bewegen.

Zusätzlich verschärft sich die Situation durch das „Konkurrenzgerangel“ zwischen verschiedenen Organisationen, wie es eine Befragte beschreibt. So stehen zum Beispiel viele Jugendprojekte in direkter Konkurrenz zueinander – auch bedingt durch das Einwerben von Fördermitteln (Vgl. Kapitel „Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke“, Unterpunkt 2 (S. 13)). Ziel ist es, möglichst viele (junge) engagierte Menschen für die eigenen Projekte zu gewinnen. So betreiben verschiedene Organisationen einen hohen Aufwand, erreichen aber teils dieselben Personen. Dabei wären hier strategische Vernetzungen und Überlegungen hilfreich, wie mehr Jugendliche, gerade auch aus unterschiedlichen Milieus und Herkünften, Stadt wie Land, erreicht werden können.

Wichtig ist zu betonen, dass die Erreichung von Zielgruppen nicht allein von der Reputation einer Organisation abhängt, sondern entscheidend davon, ob Methoden, Formate und Themen auf die Zielgruppen zugeschnitten sind. Gerade die Ansprache von Zielgruppen, die bisher kaum oder gar nicht erreicht wurden, erfordert mehr als gute Öffentlichkeitsarbeit. Sie erfordert eine gezielte inhaltliche Ausrichtung. Durch die Anpassung der Inhalte und Formate könnten verstärkt Menschen angesprochen werden, die bislang außerhalb der klassischen Bildungsangebote stehen. Es geht dabei nicht nur um Marketing oder Sichtbarkeit, sondern um eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen und Interessen dieser Zielgruppen.

4.2 Soll-Zustand

In der Auseinandersetzung mit dem Soll-Zustand und der Idee eines „Demokratiewerks“ sind die befragten Organisationen sowohl auf diese Vision eingegangen und äußerten zugleich Bedenken, die sich aus ihrer Perspektive ergeben. Auf Basis dieser Einblicke – der Benennung von Chancen und Herausforderungen eines „Demokratiewerks“ – können Anforderungen abgeleitet werden, die im Rahmen einer Umsetzung Beachtung finden sollten. Durch diese Herangehensweise soll sichergestellt werden, dass ein potentieller gemeinsamer Standort nicht nur aktuelle Gegebenheiten (Vgl. Kapitel 4.1), sondern auch Bedenken beachtet, die erst im Zusammenwirken und Zusammenarbeiten an einem Ort auftreten können. Gleichzeitig soll auch ein Möglichkeitsraum identifiziert werden, welcher mit einem gemeinsamen Haus in Verbindung steht und positive Entwicklungen für die Demokratiearbeit in Sachsen ebnen könnte. Der Analysebereich umfasst analog zum Ist-Zustand die nachfolgenden Kategorien.

(1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke:

- Wie könnte ein gemeinsamer Standort die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den demokratie-stärkenden Organisationen verbessern?
- Welche Faktoren sind bei der Zusammenarbeit im „Demokratiewerk“ besonders wichtig zu berücksichtigen?
- In welcher Weise könnte das „Demokratiewerk“ die Netzwerkarbeit und den Austausch unter den Organisationen fördern?

(2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen:

- Welche sachlichen, räumlichen und personellen Ressourcen sind für die Organisationen besonders wichtig?
- Wo sehen die Akteure konkrete Verbesserungspotentiale durch die Nutzung eines gemeinsamen Standorts?
- Welche spezifischen Änderungen in den Arbeitsbedingungen erwarten die Organisationen durch die gemeinsame Nutzung des „Demokratiewerks“?

(3) Außenwirkung und Reputation:

- Wie würde sich nach Meinung der Akteure die Außenwirkung und Reputation Ihrer Organisationen durch ein gemeinsames Haus verändern?
- Welche Effekte auf die gemeinsame Außenwirkung der beteiligten Organisationen sind zu erwarten?
- Welche Herausforderungen könnten bei der gemeinsamen Außenwirkung und Öffentlichkeitsarbeit auftreten?

4.2.1 Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke

Dieses Kapitel untersucht die Möglichkeiten zur Stärkung der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den demokratie-stärkenden Organisationen. Im Fokus stehen die Nutzung bestehender Netzwerke als Basis für langfristige Kooperationen sowie die Rolle einer zentralen Vernetzungsstelle zur Optimierung des

Austauschs und der Ressourcennutzung. Weiterhin wird analysiert, wie durch gezielte und transparente Partizipationsprozesse sowie gemeinsame Zieldefinitionen die Effektivität der Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Standort verbessert werden kann.

Zentrale Erkenntnisse:



Soll-Zustand: Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke

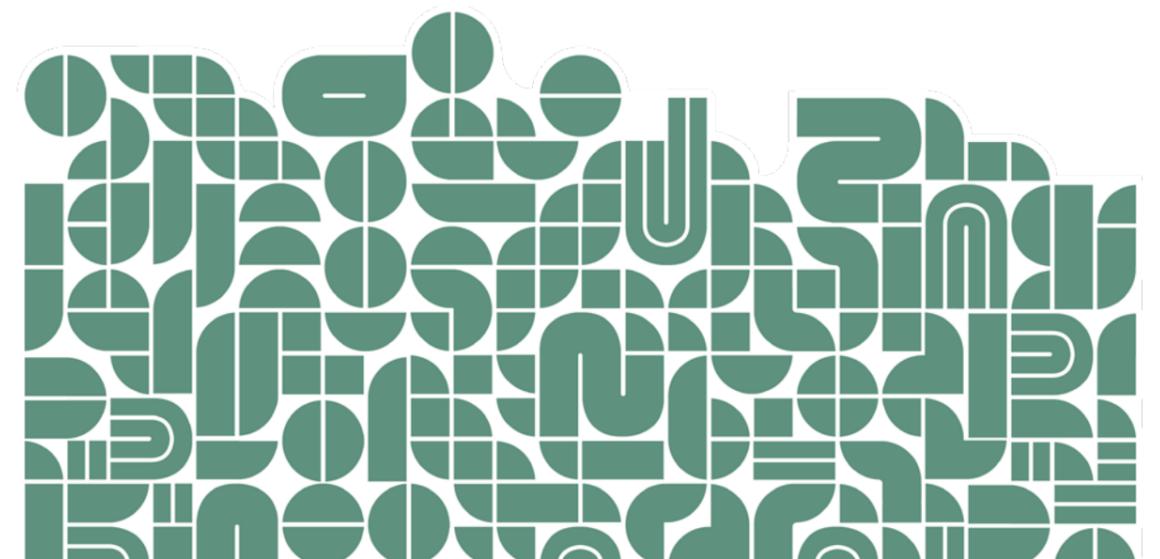
- Bestehende formelle und informelle Netzwerke sollen den Ausgangspunkt für eine stärkere Zusammenarbeit bilden.
- Die Stärkung des gemeinsamen Austauschs führt zu neuen Perspektiven und kann neue Kooperationen auf den Weg bringen.
- Eine gute Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Standort muss aktiv entwickelt und zielgerichtet sowie partizipativ kuratiert werden.

1 Bestehende formelle und informelle Netzwerke sollen den Ausgangspunkt für eine stärkere Zusammenarbeit bilden.

Um die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren zu stärken, sei es entscheidend, bestehende formelle und informelle Netzwerke als Ausgangspunkt zu nutzen, wie einige der Interviewpartnerinnen und -partner anmerken. Diese Netzwerke bieten eine solide Grundlage und einen niedrigschwelligen Anknüpfungspunkt für die Förderung effektiver Kooperationen. Existierende informelle Austauschrunden basieren oft auf langjähriger Erfahrung und sind durch eine solide Vertrauensbasis gekennzeichnet. Es ist jedoch wichtig, diese Netzwerke zukünftig weiter zu institutionalisieren und strategisch weiterzuentwickeln, um langfristig stabile und nachhaltige Partnerschaften zu etablieren. Durch die Stärkung und Vernetzung bestehender Netzwerke wird zudem der Aufbau einer Parallelstruktur vermieden.

Eine zentrale Vernetzungs- und Netzwerkstelle wird als Option von einem Interviewten genannt, dem beschriebenen Bedarf nachzukommen. Diese Stelle sollte nicht nur Informationen bündeln und verteilen, sondern auch als Schnittstelle fungieren. Beispielsweise könnten Ansprechpartner schneller vermittelt und Empfehlungen ausgesprochen werden. Darüber hinaus könnten sich die Organisationen gegenseitig mit materiellen, aber auch personellen Ressourcen unterstützen, um Kapazitätsengpässe zu überwinden – die Koordination erfolgt über die Netzwerkstelle. Das ‚Aushelfen‘ rückt Organisationen näher zusammen, aus kurzfristigen Unterstützungsmaßnahmen könnten langfristige Partnerschaften entstehen.

Es ist wichtig, dass das vorhandene Wissen der einzelnen Netzwerke für mehr Organisationen zugänglich gemacht wird. Darin ist sich die Mehrheit der Befragten einig. Dadurch könnte beispielsweise gemeinsames Lernen besser ermöglicht, Austausch von ‚Best Practices‘ gefördert und Impulse für die innovative Weiterentwicklung der Formate und Inhalte gesetzt werden.



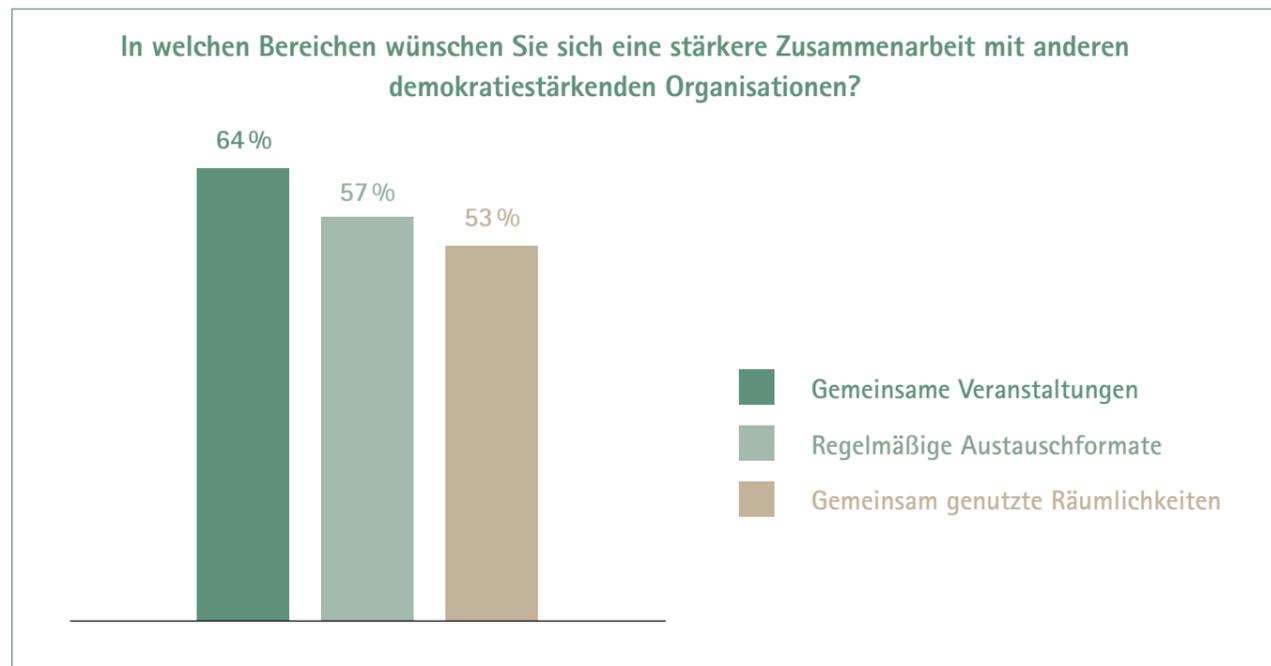
2 Die Stärkung des gemeinsamen Austauschs führt zu neuen Perspektiven und kann neue Kooperationen auf den Weg bringen.

Die thematische Zusammenarbeit zwischen verschiedenen demokratiestärkenden Organisationen durch gemeinsame Ideen- und Konzeptentwicklung könnte den Aufbau neuer langfristiger Kooperationen ebnen und Perspektivenvielfalt sicherstellen. Das ist eine Idee, welche die Mehrheit der Befragten für gut befinden. Durch „kürzere Wege zur Kooperation“, wie es eine Person ausdrückt, könnten in einem gemeinsamen Haus auch weniger offensichtliche Kooperationen eingegangen – sogenannte ‚unerwartete Verbündete‘ gefunden werden. Eine Befragte ergänzt in diesem Zusammenhang, dass man automatisch „im Bild[e] [bleiben würde darüber], was andere machen“. Das heißt, die Entwicklung der anderen Akteure und ihrer Angebote wird in der gegenseitigen Wahrnehmung stärker. Anknüpfungspunkte zwischen den Organisationen und damit Synergiepotential werden überhaupt erst ersichtlich.

Neue Perspektiven können über verschiedene Wege initiiert werden. Laut der durchgeführten Umfrage wünschen sich rund 57 Prozent der Befragten regelmäßige Aus-

tauschformate. Zusammen durchgeführte Veranstaltungen in geteilten Räumlichkeiten stellen eine weitere Möglichkeit dar, stärker zusammenzuarbeiten. Etwa 64 Prozent der Befragten befürworten mehr gemeinsame Veranstaltungen. Zudem plädiert mehr als die Hälfte (54 Prozent) dafür, Räumlichkeiten gemeinsam zu nutzen. Im Rahmen der Umfrage wird initiativ auch der Wunsch nach mehr gemeinsamen Fördervorhaben genannt.

Der niedrigschwellige Austausch in einem gemeinsamen Gebäude kann darüber hinaus zur gegenseitigen Stärkung der Akteure beitragen. Dieser Punkt wird mehrfach im Hinblick auf die angespannte gesellschaftliche und politische Lage sowie die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen im Jahr 2024 genannt⁷. So sei es wichtig, gegenseitige Unterstützung zu erhalten, falls veränderte politische Verhältnisse dazu führen, dass die Bildungsarbeit der demokratiestärkenden Organisationen erschwert wird.



Gemeinsame Veranstaltungen und regelmäßige Austauschformate könnten in geteilten Räumlichkeiten die Zusammenarbeit stärken.

3 Eine gute Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Standort muss aktiv entwickelt und zielgerichtet sowie partizipativ kuratiert werden.

Gute und wirkungsvolle Zusammenarbeit entsteht an einem gemeinsamen Standort nicht automatisch durch die Nutzung einer gemeinsamen Immobilie. Vielmehr kostet gute Zusammenarbeit zunächst Ressourcen, die bereitgestellt werden müssen. Zentral dabei ist Partizipation. Wichtig ist den Befragten, dass Teilhabeprozesse „klar definiert und transparent gestaltet“ werden sollten, um gegenseitiges Vertrauen zu fördern und einem mög-

lichen Konkurrenzdenken entgegenzuwirken. Neben der Gestaltung gemeinsamer Prozesse, bedarf es auch gemeinsamer Ziele und Vorstellungen guter politischer Bildung und Demokratiarbeit, hebt eine Befragte hervor, die bereits Erfahrungswerte im Rahmen eines ähnlichen Vorhabens gesammelt hat. Die Zielerreichung und Zusammenarbeit sollten dabei von einer zentralen Stelle koordiniert werden.



4.2.2 Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen

Dieses Kapitel untersucht die Potenziale geteilter Dienstleistungen und flexibler Raumkonzepte, um die Effizienz und Zusammenarbeit zwischen den Organisationen zu fördern. Es wird analysiert, wie durch gemeinsame Infrastrukturen und Arbeitsplätze Ressourcen geschont und effektiver eingesetzt werden können. Zudem wird

die Bedeutung einer frühzeitigen Berücksichtigung der Bedürfnisse marginalisierter Gruppen sowie die Notwendigkeit von Sicherheitsmaßnahmen im Kontext gemeinsamer Standorte thematisiert.

Zentrale Erkenntnisse:



Soll-Zustand: Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen

- Geteilte Dienstleistungen sorgen dafür, dass die Organisationen sich besser auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können.
- Durch verschieden nutzbare Raumkonzepte können kostengünstige und flexible Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.
- Die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen sollten frühzeitig und ganzheitlich mitgedacht werden.
- Sicherheitsmaßnahmen müssen mitbedacht werden, um Risiken angemessen zu begegnen.

1 Geteilte Dienstleistungen sorgen dafür, dass die Organisationen sich besser auf ihre inhaltliche Arbeit konzentrieren können.

Die Nutzung geteilter Dienstleistungen („Shared-Services“), so etwa die Hälfte der Interviewten, kann dazu beitragen personelle, materielle und finanzielle Ressourcen zu schonen und letztlich die Effizienz und Effektivität der Organisationen steigern. Beispielhaft nennen die Befragten an dieser Stelle die gemeinsame Nutzung von Büros und Besprechungsräumen, einschließlich Technik und Materialien wie Beamer und Pinnwände. Diese geteilte Infrastruktur führt zu Einsparungen bei Sachkosten und Mieten, wodurch mehr Mittel in die inhaltliche Arbeit der Organisationen fließen könnten.

Auch in Bezug auf Personalressourcen, wie etwa gemeinsame Verwaltungskräfte oder IT-Support, könnte das Teilen von Arbeitskräften den Organisationen ermöglichen, ihren Ressourceneinsatz im administrativen und organisatorischen Bereich zu reduzieren.

Für kleinere oder neu gegründete Organisationen kann die Idee eines „Kostümfundus für die Demokratie“ besonders vorteilhaft sein, wie eine Befragte feststellt. Neben schnell zugänglichen und kostengünstigen Räumlichkeiten könnte den Organisationen demnach unkompliziert eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Infolgedessen wären die Akteure schnell einsatz- und handlungsfähig, ohne die üblichen, teils langwierigen Anschaffungsprozesse. Der Ressourcenaufwand dafür würde sinken.

2 Durch verschieden nutzbare Raumkonzepte können kostengünstige und flexible Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.

Co-Working-Räume, Meeting- als auch Kreativräume, die sowohl feste und flexible Einzel- und Gruppenarbeitsplätze bieten, sind Lösungsvorschläge, die die Interviewten für die gemeinsame Arbeit im „Demokratiewerk“ nennen. Diese vielseitigen Arbeitsumgebungen ermöglichen es, den unterschiedlichen Anforderungen und Bedürfnissen der Akteure gerecht zu werden. Die interviewten Personen berichten beispielsweise, dass einzelne Arbeitsplätze für konzentriertes und produktives Arbeiten benötigt werden. Andere betonen wiederum, dass Gruppen-, Seminar- und Veranstaltungsräume für den Aus-

tausch und die Zusammenarbeit sowohl zwischen den demokratiestärkenden Organisationen als auch zwischen ihnen und der Öffentlichkeit erforderlich sind.

In mehreren Interviews wird deutlich, dass bezahlbare Arbeitsplätze und Seminarräume zentrale Bedingungen für ein gemeinsames Haus darstellen, an dem regel- sowie projektfinanzierte Akteure teilhaben können. Bereits jetzt gibt es ähnliche Projekte, die sich als marktauglich erwiesen haben, teilt eine Interviewte mit.

3 Die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen sollten frühzeitig und ganzheitlich mitgedacht werden.

Von Beginn an muss das „Demokratiewerk“ die Bedürfnisse der Zielgruppen, insbesondere marginalisierter Gruppen, mitdenken und entsprechend gestaltet werden, heben Interviewte besonders hervor. Voraussetzung sei, dass sich an diesem Ort jede und jeder willkommen und gehört fühlt, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung und Identität, Behinderung oder sozialem Status. Die Interviewten betonen, dass dies nicht nur die (möglichen) Besucherinnen und Besucher des „Demokratiewerks“ einschließt, sondern auch die dort arbeitenden Menschen.

viewte, sollte aber ein Grundpfeiler des Designs sein. Das „Demokratiewerk“ muss daher von Anfang an diversitätsorientiert gestaltet werden. Dies erfordert jedoch einen aktiven Austausch und die Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen und Vertreter marginalisierter Gruppen selbst. Eine Interviewte empfiehlt daher eine etwaige Ausschreibung für ein mögliches „Demokratiewerk“ gemeinsam mit den Zielgruppen zu definieren.

Die Einbindung marginalisierter Gruppen wird oft als ressourcenintensiv empfunden, weil Dolmetschende oder barrierefreie Räume zur Verfügung stehen müssen, kritisiert eine Befragte. Barrierefreiheit, fordert eine Inter-

Beteiligungsprozesse erfordern einen kontinuierlichen Dialog, macht eine Interviewte klar. Demnach sollte es die Möglichkeit für regelmäßiges Feedback geben, um sicherzustellen, dass das Haus den Anforderungen und Bedürfnissen der Mitarbeitenden sowie Besucherinnen und Besucher gerecht wird.

4 Sicherheitsmaßnahmen müssen mitbedacht werden, um Risiken angemessen zu begegnen.

Viele der interviewten demokratiestärkenden Organisationen geben zu bedenken, dass sie zunehmend im Fokus von antidemokratischen Kräften stehen. Deshalb seien geeignete Sicherheitsvorkehrungen sowohl für Veranstaltungen als auch für ein Gebäude der Akteure generell unerlässlich, um Bedrohungen abzuwenden. Wenn viele

Organisationen an einem Standort versammelt sind, kann dieser schnell zum Angriffsziel werden, besonders wenn er „auf dem Präsentierteller“ steht und somit besonders exponiert ist, hält eine Interviewte fest. Fast alle merkten im Gespräch an, dass dies kein Ausschlusskriterium für ein „Demokratiewerk“ sein darf.

4.2.3 Außenwirkung und Reputation

In diesem Kapitel liegt der Fokus darauf, wie die Organisationen von der Öffentlichkeit, ihren Zielgruppen sowie anderen relevanten Akteuren wahrgenommen werden. Es werden die zentralen Herausforderungen und Chancen analysiert, die sich bei der Kom-

munikation ihrer Arbeit und der Vermittlung ihrer Werte ergeben, um Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung und Steigerung ihrer gesellschaftlichen Wirkung abzuleiten.

Zentrale Erkenntnisse:



Ist-Zustand: Außenwirkung und Reputation

- Die Zusammensetzung der Akteure im „Demokratiewerk“ sollte das gesamte demokratische Spektrum abbilden.
- Durch eine Mischnutzung sollen Bürgerinnen und Bürger in das „Demokratiewerk“ einbezogen werden.
- Die Sichtbarkeit der eigenen Marke könnte durch eine gemeinsame Außendarstellung verringert werden.
- Ein urban gelegenes Haus sollte das Angebotsgefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen überbrücken können.
- Im „Demokratiewerk“ zu wirken, wird als ein starkes Zeichen für die Demokratie wahrgenommen.

1 Die Zusammensetzung der Akteure im „Demokratiewerk“ sollte das gesamte demokratische Spektrum abbilden.

Um die Akzeptanz und Legitimität des „Demokratiewerks“ zu erhöhen, ist es entscheidend, dass die Zusammensetzung der Akteure das gesamte demokratische Spektrum widerspiegelt. So betont eine Befragte, dass das „Demokratiewerk“ nicht „als Ort einer bestimmten weltanschaulichen Richtung interpretiert werden“ darf. Nur so kann gewährleistet werden, dass es als ein überparteilicher und integrativer Raum wahrgenommen wird, der alle demokratischen Kräfte repräsentiert.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Fähigkeit des Demokratiewerks, konstruktiven Streit auszuhalten. In einem demokratischen Raum ist es essenziell, dass verschiedene Meinungen und Perspektiven offen diskutiert werden können, ohne dass der Raum seine integrative Funktion verliert. Doch das produktive Zusammenwirken verschiedener Akteure gelingt nicht automatisch; es erfordert aktive Bemühungen und Moderation. Diese Dynamik könnte zu wertvollen Synergien und innovativen Lösungsansätzen führen, indem die jeweiligen Stärken der Beteiligten vereint werden, um die demokratische Arbeit zu bereichern.

Da die Anzahl der Organisationen im „Demokratiewerk“ begrenzt ist, gibt die Mehrheit der Befragten zu bedenken, dass ein strategisches und repräsentatives Ungleichgewicht entstehen könnte. Eine Befragte bringt es wie folgt auf den Punkt: Es komme zu einer „Aufwertung derer [...], die dort vertreten sind, und eine Abwertung derer, die dort nicht vertreten sind“. Um eine Zwei-Klassengesellschaft in der Organisationslandschaft zu vermeiden, müssten transparente Auswahlkriterien und -prozesse etabliert werden, die klar darlegen, wie und warum Organisationen ausgewählt und unterstützt werden, findet die Mehrheit der Interviewten. Zusätzlich gibt es unter den befragten projektgeförderten Organisationen die Befürchtung, dass Akteure, die nicht im Haus vertreten sind, weniger bei der Verteilung von Ressourcen und Fördermitteln bedacht werden.

2 Durch eine Mischnutzung⁸ sollen Bürgerinnen und Bürger in das „Demokratiewerk“ einbezogen werden.

Das „Demokratiewerk“ sollte weit über ein klassisches Verwaltungsgebäude oder einen Ort für formelle Zusammenkünfte hinausgehen, darin sind sich die meisten Befragten einig. Wie eine Interviewte hervorhebt, ist „ein Gebäude allein [...] noch kein Garant dafür, dass mehr Menschen erreicht werden“. Das Haus sollte als lebendiger, multifunktionaler Raum geplant werden, der durch Mischnutzung ein breites Spektrum an Aktivitäten und Begegnungen ermöglicht. Es könnte sich als zentrale Anlaufstelle („One-Stop-Agency“) etablieren, die über verschiedene Angebote informiert und es den Bürgerinnen und Bürgern erleichtert, die richtigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu finden. Auf diese Weise könnten Anliegen gebündelt und direkt bearbeitet werden, statt an unterschiedlichen Orten nach Antworten suchen zu müssen, beschreibt eine weitere Befragte den Vorteil eines gemeinsamen Standortes.

Darüber hinaus wird der Vorschlag geäußert eine „Serviceeinrichtung“ zu integrieren. Diese würde Platz für ein Café, Shops und Werkstätten bieten. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass sich das Haus zu einem integralen Teil des täglichen Lebens entwickelt, welches Menschen nicht nur zu bestimmten Anlässen oder Veranstaltungen aufsuchen, sondern, wo sie regelmäßig einkehren und Zeit verbringen, um sich mit anderen Bürgerinnen und Bürgern auszutauschen.

Die Mehrheit der Interviewten findet, dass die Integration der Nachbarschaft in den Bau- und Planungsprozess ebenso entscheidend ist, wie die bereits erwähnte Beteiligung der Mitarbeitenden sowie der Besucherinnen und Besucher.

3 Die Sichtbarkeit der eigenen Marke könnte durch eine gemeinsame Außendarstellung verringert werden.

Das „Demokratiewerk“ könnte unter einer Marke, die von allen Akteuren gemeinsam getragen wird, Veranstaltungen, Ausstellungen und Publikationen präsentieren, schlägt eine Interviewte vor. Dadurch ließe sich die Sichtbarkeit und den Einfluss demokratiestärkender Initiativen bündeln und erhöhen. Eine gemeinsame Außendarstellung verbessere die Wahrnehmung demokratischer Arbeit und stärke das Bewusstsein für demokratische Werte.

Durch eine Bündelung und Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit könnten sowohl kleinere, neue Organisationen als auch größere, etablierte Akteure ihre Reichweite erhöhen. Die Befragten sehen darin diverse Vorteile: Angebote werden sichtbar, neue Zielgruppen werden erreichbar und Knowhow ausgetauscht. Eine gemeinsame Kommunikationsabteilung könnte alle Organisationen des „Demokratiewerks“ unterstützen sowie dessen Programmatik selbst nach außen darstellen.

Um dem formulierten Risiko entgegenzuwirken, dass eine gemeinsame Außendarstellung der eigenen Sichtbarkeit abträglich sein könnte, ist es wichtig, dass jede Organisation ihre spezifischen Ziele und Botschaften klar und unabhängig kommunizieren kann. Dies war den meisten Interviewten sehr wichtig. Eine Vermischung der Inhalte könnte die Beiträge der Organisationen verwässern, so eine Person im Interview. Es ist zentral, dass die inhaltliche Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit in den Händen der jeweiligen Organisationen liegt, welche die inhaltliche Expertise besitzt, und ihre Zielgruppe kennt. Die gemeinsame Kommunikationsabteilung unterstützt dann vor allem bei der (technischen) Umsetzung und identifiziert Synergien zwischen den Akteuren.

⁸Mischnutzung bezeichnet die Kombination verschiedener Nutzungsarten innerhalb eines Gebäudes.

4 Ein urban gelegenes Haus sollte das Angebotsgefälle zwischen städtischen und ländlichen Regionen überbrücken können.

Während die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastruktur in städtischen Gebieten in der Regel besser gestaltet ist, können ländliche Regionen davon oft weniger profitieren. Diese Sorge wird vor allem von einer Befragten geteilt, deren Organisation sich nicht in einer sächsischen Großstadt befindet. Ein „Demokratiewerk“ in der Stadt würde unter Umständen vor allem den städtischen Einwohnerinnen und Einwohnern hinsichtlich Beratung und Veranstaltungen zugutekommen. Der Nutzen für ländliche Regionen läge vor allem in den neuen Kooperationen und den gemeinsamen Strategien für den ländlichen und kleinstädtischen Raum, die in einem solchen gemeinsamen Haus erdacht und umgesetzt werden könnten. Auch könnte die „Strahlkraft“, wie eine andere Befragte es ausdrückt, nicht weitreichend genug sein, um ländliche Gebiete angemessen zu erreichen. Der Kontakt und Austausch mit den Menschen vor Ort funktionieren nicht auf diese Weise, fügt die Person als weiteres Argument hinzu. Der Verlust des direkten Kontakts zu ländlichen Regionen könnte dazu führen, dass sich die Menschen dort abge-

hängt fühlen. Eine Interviewte gibt zu Bedenken, dass die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung ausreichend zu berücksichtigen seien. Sonst könnte dies ein bereits vorherrschendes Gefühl der Ungleichheit verstärken, führt sie weiter aus.

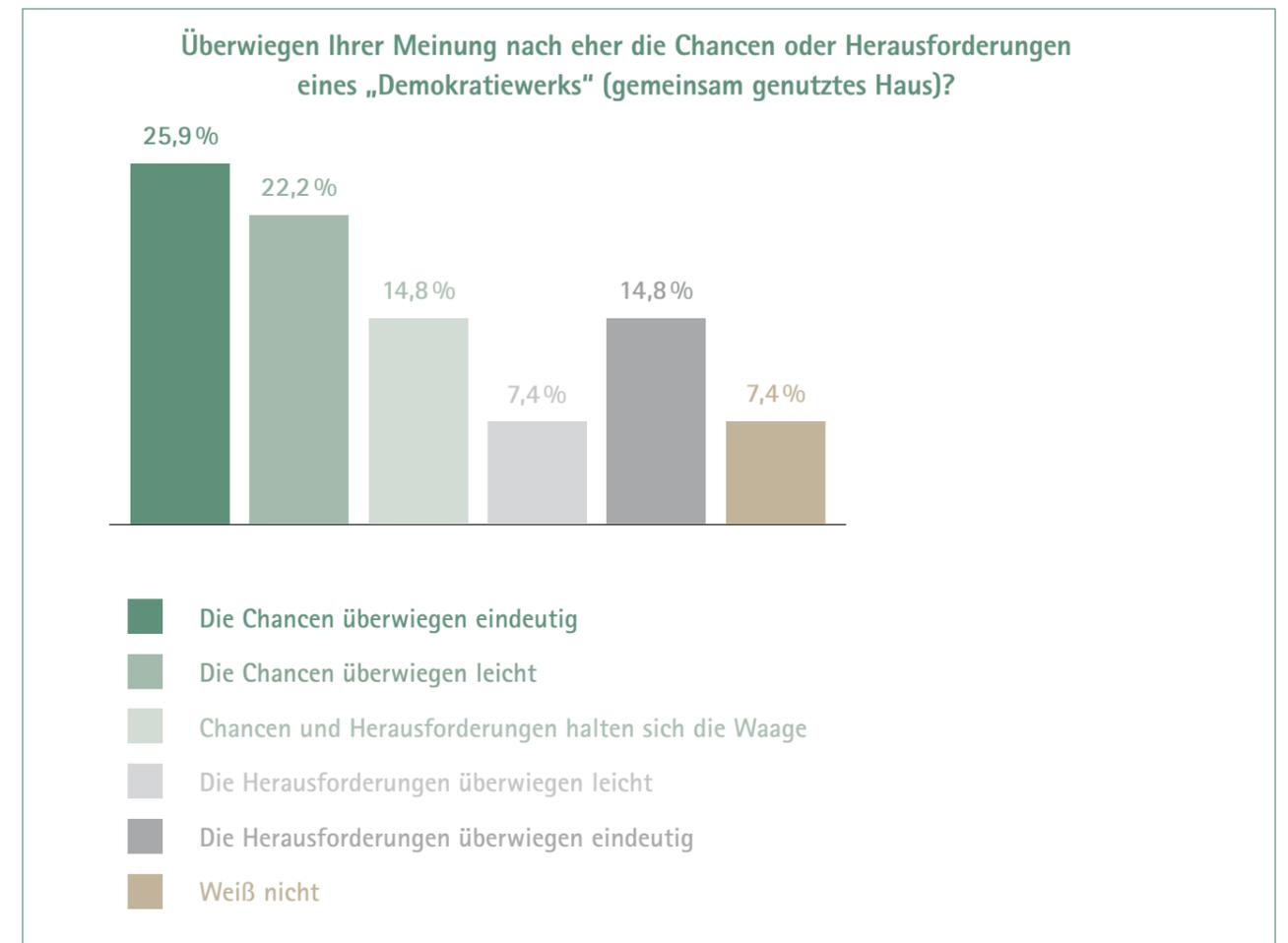
Um dem entgegenzuwirken, sollten Maßnahmen ergriffen werden, um ländliche Gebiete und Kleinstädte aktiv in das „Demokratiewerk“ einzubeziehen. Einige Akteure konnten bereits Erfahrungen sammeln, um eine ortsunabhängige Partizipation zu fördern: Mobile Einheiten, dezentrale Veranstaltungen und digitale Angebote können helfen. Solche Angebote stellen eine Art „Tankstelle“ für Demokratie dar, welche dann überall im Freistaat genutzt werden kann, wie es eine Befragte ausdrückt. Ein gemeinsamer Standort im Stadtzentrum ersetzt keine bestehenden oder noch neu zu entwickelnden Angebote im ländlichen Raum. Die Präsenz demokratiestärkender Organisationen in der Stadt und auf dem Land sollten sich demnach ergänzen und wechselseitig stärken.

5 Im „Demokratiewerk“ zu wirken, wird als ein starkes Zeichen für die Demokratie wahrgenommen.

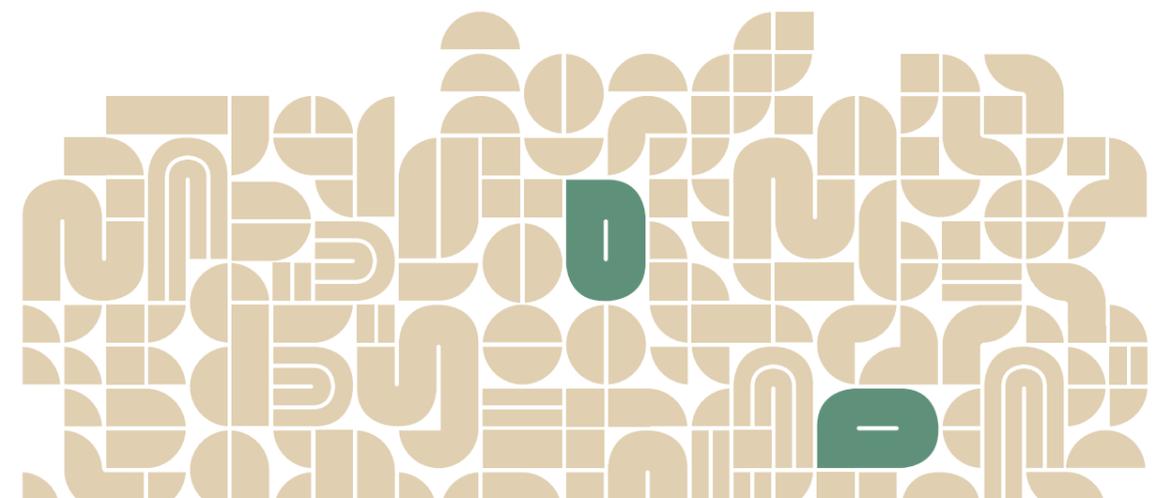
Das „Demokratiewerk“ könnte ein „Symbol für die Entschlossenheit der Gesellschaft“ sein, ihre demokratischen Werte zu verteidigen und zu stärken, stellt eine Befragte heraus. Indem es demokratiestärkende Organisationen unter einem Dach vereint, könnte es ein Zeichen für Toleranz und Demokratie setzen. Eine Befragte appelliert: „Sachsen [würde] nicht den Nicht-Demokraten überlassen, sondern der Demokratie“.

In den Interviews geben die meisten Organisationen an, dass sie sich grundsätzlich eine Beteiligung am „Demokratiewerk“ vorstellen können; jedoch nicht uneingeschränkt. Auf die Frage „Überwiegen Ihrer Meinung nach eher die Chancen oder Herausforderungen eines „Demo-

kratiewerks“ (gemeinsam genutztes Haus)?“ antwortet fast die Hälfte (48 Prozent), dass die Chancen für das „Demokratiewerk“ eindeutig oder leicht überwiegen. Diese positive Tendenz wird jedoch auch durch rund 22 Prozent begleitet, die der Meinung sind, dass die Herausforderungen leicht oder eindeutig überwiegen.



Es zeichnet sich ein ausgewogenes Stimmungsbild für das „Demokratiewerk“ ab.



4.2.4 Übersicht der Chancen und Herausforderungen

Die nachfolgende Übersicht fasst die zentralen Chancen und Herausforderungen eines möglichen „Demokratiewerks“ auf Grundlage der Erkenntnisse aus den Interviews und Umfragen zusammen. Sie ist zudem der Ausgangspunkt für die im Anschluss formulierten Gelingensbedingungen, die auch Lösungsansätze für die identifizierten Herausforderungen liefern.

Übersicht der Chancen und Herausforderungen „Demokratiewerk“

Kategorien	Aspekt	Chancen	Herausforderungen
Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke	Netzwerke	<ul style="list-style-type: none"> Bestehende Netzwerke ausbauen und zu langfristigen Kooperationen weiterentwickeln, um Synergien zu nutzen und Ressourcen zu sparen. Den Austausch mit „unerwarteten Verbündeten“ suchen, um über den eigenen Tellerrand hinaus neue Perspektiven zu gewinnen. Neue Zielgruppen erschließen und innovative Formate erproben. 	<ul style="list-style-type: none"> Eine zentrale Anlaufstelle für Kooperationen und Netzwerke zu etablieren erfordert eine gezielte Koordinierung(-sstelle), welche die interne und externe Zusammenarbeit mit partizipativem Ansatz strategisch plant, organisiert und die vielfältigen Interessen und Arbeitsweisen aufeinander abstimmt.
	Austausch und Kooperationen	<ul style="list-style-type: none"> Thematische Zusammenarbeit kann Impulse setzen, innovative Ideen und Konzepte hervorbringen. 	<ul style="list-style-type: none"> Strenge Fördervorgaben können die Flexibilität und Offenheit der Kooperationen einschränken und neue Kooperationen erschweren.
	Gemeinsame Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> Gemeinsam etablierte standardisierte Prozesse und Strukturen fördern Vertrauen und setzen den Rahmen für wirkungsvolle Zusammenarbeit. 	<ul style="list-style-type: none"> Die komplexe Prozessgestaltung und die Notwendigkeit einer klar definierten Programmatik können Entwicklungsprozesse zunächst verlangsamen.
	Geteilte Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> Durch die gemeinsame Nutzung von Dienstleistungen und Infrastruktur können mehr Ressourcen in die inhaltliche Arbeit fließen. 	<ul style="list-style-type: none"> Das Aufsetzen von ‚Shared Services‘ ist mit Aushandlungsprozessen verbunden und erfordert neben Zeit, Kompromissbereitschaft und Pragmatismus.
Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen	Flexible Arbeitsräume	<ul style="list-style-type: none"> Flexible und vielseitig nutzbare Arbeitsräume eröffnen Gestaltungsspielräume für individuelle, aber auch organisationspezifische Bedürfnisse. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Bezahlbarkeit auch für kleine und neue Organisationen stellt eine Herausforderung dar.
	Einbindung marginalisierter Gruppen	<ul style="list-style-type: none"> Ein inklusiver und barrierefreier Raum kann die Teilhabe und Teilgabe aller Gruppen fördern und das Engagement erhöhen. 	<ul style="list-style-type: none"> Barrierefreies Bauen und Ausstatten von Gebäuden ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit – es erfordert sowohl gestalterische als auch finanzielle Mehrinvestitionen.
	Sicherheitsmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> Geeignete Vorkehrungen können die Sicherheit der Organisationen gewährleisten und Risiken minimieren. 	<ul style="list-style-type: none"> Es ist eine Balance zwischen notwendigem Schutz und öffentlicher Zugänglichkeit zu finden, um das Haus nicht zu einer „Festung“ zu machen.

Kategorien	Aspekt	Chancen	Herausforderungen
Außenwirkung und Reputation	Vielfalt der Akteure	<ul style="list-style-type: none"> Eine breite Repräsentation des demokratischen Spektrums kann die Legitimität und Akzeptanz erhöhen und zu einer neuen Form von Lerngemeinschaft und strategischer Stärkung der Demokratiebildung führen. 	<ul style="list-style-type: none"> Um ein Ungleichgewicht und Bevorzugung zu vermeiden, müssen transparente Auswahlprozesse für ein gemeinsames Haus etabliert werden.
	Mischnutzung und Bürgernähe	<ul style="list-style-type: none"> Ein multifunktionaler Raum kann die Bürgernähe stärken und das „Demokratiewerk“ als lebendigen Treffpunkt im Alltag etablieren. 	<ul style="list-style-type: none"> Partizipative Prozesse sowie die Einbindung der Nachbarschaft und von Bürgerinnen und Bürgern müssen aktiv gestaltet werden. Das erfordert Ressourcen.
	Gemeinsame Außendarstellung	<ul style="list-style-type: none"> Durch eine gebündelte Öffentlichkeitsarbeit kann die Sichtbarkeit und Reichweite demokratiestärkender Akteure erhöht werden. 	<ul style="list-style-type: none"> Es besteht das Risiko der Markenverwässerung; daher ist es wichtig, die Alleinstellungsmerkmale der Organisationen zu bewahren.
	Stadt-Land	<ul style="list-style-type: none"> Ein zentraler Anlaufpunkt in der Stadt kann demokratisches Engagement sichtbarer machen und über den unmittelbaren Ort hinaus Wirkung entfalten. 	<ul style="list-style-type: none"> Es besteht das Risiko, ländliche Regionen zu vernachlässigen und das bestehende Stadt-Land-Gefälle zu verschärfen.
	Symbolkraft für die Demokratie	<ul style="list-style-type: none"> Das „Demokratiewerk“ wird als starkes Zeichen für die Verteidigung demokratischer Werte und die Entschlossenheit der Gesellschaft wahrgenommen. 	<ul style="list-style-type: none"> Die Strahlkraft ist limitiert und kann nicht alle erreichen.

Die Analyse der Chancen und Herausforderungen für das „Demokratiewerk“ zeigt, dass die größte Herausforderung zugleich die größte Chance für Sachsen darstellt: die Heterogenität der bisher zu wenig verbundenen Akteure und dem damit verbundenen Aufwand für deren Einbindung und Abstimmung. Gleichzeitig bieten diese Herausforderungen auch bedeutende Chancen: Wenn sie

proaktiv adressiert werden, können die Vorteile voll ausgeschöpft werden. Die umfassende Einbindung vieler Akteure ermöglicht eine breite Partizipation und fördert innovative Ansätze, wodurch sich das „Demokratiewerk“ zu einem dynamischen, inklusiven und innovativen Ort der Demokratiestärkung entwickeln kann.

5 Zielbild und Gelingensbedingungen

Ausgehend von den Erkenntnissen des vorangegangenen Ergebniskapitels zeichnet sich mit Blick auf die drei Analyse Kriterien ein Zielbild ab, welches die Potentiale eines gemeinsamen „Demokratiewerks“ verdeutlicht. Dieses Zielbild ist eng verknüpft mit der Frage nach

dem „Wie“, sprich, welche Gelingensbedingungen sind notwendig, um das Zielbild – unter Berücksichtigung der im Ergebniskapitel diskutierten Herausforderungen – erfüllen zu können.

Zielbild:

1

Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke

Demokratiestärkende Organisationen...

- ...identifizieren und nutzen inhaltliche Synergien in der Strategie- und Projektarbeit systematisch.
- ...bündeln Expertise und Ressourcen, um gemeinsam innovative Formate zu entwickeln und bewährte Inhalte zu skalieren und neue Zielgruppen zu erschließen.
- ...bilden und nutzen Netzwerke auch über offensichtliche Partnerschaften hinaus.

2

Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen

Demokratiestärkende Organisationen...

- ...nutzen gut ausgestattete und erreichbare sowie barrierefreie Räumlichkeiten in sicheren und bezahlbaren Mietverhältnissen.
- ...verwenden ‚Shared Services‘, um sich noch besser auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren zu können, den Service zu professionalisieren und Ressourcen zu schonen.
- ...verfügen über niederschwellige Möglichkeiten, Veranstaltungen und Beratungsangebote umzusetzen.

3

Außenwirkung und Reputation

Demokratiestärkende Organisationen...

- ...sind mit ihren Angeboten und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit und insbesondere bei ihren Zielgruppen sichtbar.
- ...können durch einen inklusiven Standort auch schwer erreichbare Zielgruppen adressieren.
- ...machen Demokratie erlebbar, um ein breites Publikum zu erreichen und den demokratischen Diskurs zu fördern.
- ...wirken durch mobile Veranstaltungsformate auch in ländliche Räume hinein.

Gelingensbedingungen:

Im Folgenden werden nun neun Gelingensbedingungen formuliert, die zeigen, wie ein „Demokratiewerk“ erfolgreich sein kann.

1 Nur die richtige Mischung aus großen und kleinen regel- und projektfinanzierten Akteuren verspricht, die Ziele eines „Demokratiewerks“ zu verwirklichen.

Die Zusammensetzung der Akteure im möglichen „Demokratiewerk“ ist von zentraler Bedeutung. Ein Haus, indem beispielsweise nur große Organisationen, die regelhaft über den Landshaushalt finanziert werden, beheimatet wären, droht das Gefälle gegenüber kleinen projektfinanzierten Akteuren bezüglich der Arbeitsbedingungen weiter zu verschärfen. Eine ähnliche Logik greift mit Blick auf das „Demokratiewerk“, das sich ausschließlich an kleine und/oder projektfinanzierte Organisationen richtet. In diesem Fall blieben beispielsweise Herausforderungen im Bereich der Professionalisierung von Prozessen, Strukturen und Arbeitsweisen, mit denen sich kleine Organisationen häufig konfrontiert sehen, auf der Strecke. Nur in der Heterogenität der beteiligten Akteure liegt die Kraft, die ein

mögliches „Demokratiewerk“ in Sachsen entfalten kann. Das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Perspektiven ermöglicht es, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und so auch ungewöhnliche Synergien und Potentiale zu identifizieren und zu nutzen. Dies gilt sowohl mit Blick auf inhaltliche Aspekte wie beispielsweise gemeinsame Projekte und Veranstaltungen als auch bezüglich Themen, die im Bereich des organisationalen Lernens liegen. Wichtig bei der Zusammensetzung der Akteure ist, dass bezüglich thematischer und organisationaler Ähnlichkeiten und Unterschiede ein ausgewogenes Verhältnis angestrebt wird. Das „Demokratiewerk“ stärkt so die Landschaft in ihrer Gesamtheit.

2 Ein „Demokratiewerk“ sollte als Teil eines größeren Ökosystems gedacht werden von dem auch Interessengruppen profitieren, die nicht unmittelbar im Haus arbeiten.

Vor dem Hintergrund der im vierten Kapitel skizzierten Herausforderungen – insbesondere das von den befragten Akteuren wahrgenommene Stadt-Land-Gefälle – sollte ein urban gelegenes „Demokratiewerk“ nicht als geschlossenes System konzipiert werden.

Dies bedeutet, dass auch für Organisationen, die nicht unmittelbar im „Demokratiewerk“ arbeiten, konkrete Angebote geschaffen werden sollten. Dies gilt auch – aber nicht nur – für Organisationen, die im ländlichen Raum tätig sind. Es gibt diverse Möglichkeiten diesem Anspruch gerecht zu werden. Denkbar ist zum Beispiel, dass das physische „Demokratiewerk“ um digitale und mobile Komponenten erweitert wird. Digitale Angebote könnten z. B. von der programmatischen Leitung des „Demokratiewerks“ (s. Gelingensbedingung 4) entwickelt werden. Wichtig ist, dass diese Angebote in Kollaboration mit der Zielgruppe – wie beispielweise demokratiestärkenden Organisationen im ländlichen Raum – erarbeitet werden. So kann sichergestellt werden, dass diese auf realen Bedarfen beruhen.

Überdies ist es möglich, dass auch Organisationen, die nicht im Haus arbeiten, ermutigt werden, Veranstaltungs-, Gruppen-, Co-Working- und Kreativräume für interne und externe Zwecke zu nutzen bzw. auf mobile Infrastrukturen des „Demokratiewerks“ zurückzugreifen. Darüber hinaus könnte das „Demokratiewerk“ neuen und jungen Organisationen die Chance bieten – zeitlich begrenzt – kostenlos oder kostengünstig, Räumlichkeiten im Rahmen von Angeboten für geteilte Büros zu nutzen. Diese Organisationen könnten so in einem professionellen Umfeld Lernerfahrungen machen und Netzwerke bilden, während etablierte Akteure von frischen Ideen profitieren.

3 Die Auswahl der Akteure, die in einem möglichen „Demokratiewerk“ arbeiten, muss in einem transparenten Prozess erfolgen.

Ein „Demokratiewerk“ darf in Zeiten finanzieller und politischer Unsicherheit nicht Gefahr laufen, bereits bestehende Konkurrenzverhältnisse zu verstärken. Vor diesem Hintergrund muss bezüglich der Entscheidung, welche Organisationen in einem möglichen „Demokratiewerk“ arbeiten und welche nicht, ein transparenter und nachvollziehbarer Prozess etabliert werden. Die Weichen dafür können auf Basis dieser Vorstudie gestellt werden. Es gilt einerseits weiter herauszuarbeiten, welches konkrete Angebot demokratiestärkenden Organisationen unterbreitet werden kann. Um sicherzustellen, dass dies entlang der Bedarfe der demokratiestärkenden Akteure erfolgt, sollte eine fortlaufende Rückkopplung und Möglichkeit zur Mitgestaltung initiiert werden. Andererseits müssen auch die Erwartungen, die mit einer Teilnahme am „Demokratiewerk“ verbunden sind, geschärft werden. Eine wesentliche

Voraussetzung für die Nutzung der Räumlichkeiten sollte beispielsweise die Bereitschaft zur aktiven Zusammenarbeit sein. Die Motivation zur Zusammenarbeit sollte bei den Akteuren bereits vorhanden sein und nicht erst entwickelt werden müssen. Nur wenn Motivation und das Engagement der Beteiligten gegeben sind, kann die Zusammenarbeit erfolgreich und nachhaltig gestaltet werden. Einem möglichen Bau sollte also eine vertiefende konzeptionelle, inhaltliche und strategische Vorarbeit vorausgehen, die durch die Staatsregierung als partizipativer Prozess gestaltet wird.

4 Das „Demokratiewerk“ braucht eine eigene strategische Leitung und Programmatik.

Zusammenarbeit und Synergien zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und strukturellen Voraussetzungen entstehen nicht automatisch durch die gemeinsame Nutzung einer Immobilie. Gerade zu Beginn – aber auch darüber hinaus – sind gezielte Maßnahmen erforderlich, um eine effektive Kooperation zu fördern. Daher wird eine strategische Leitung gebraucht, die gemeinsam mit den beteiligten Akteuren eine Programmatik

entwickelt und umsetzt. Dies sorgt für Klarheit über die Ziele und Themen eines „Demokratiewerks“ und gewährleistet ein abgestimmtes Auftreten. Zu den Aufgaben einer strategischen Leitung könnte es unter anderem gehören, in einem partizipativen Prozess, ein geteiltes Wirkungsverständnis sowie gemeinsame Qualitätsstandards für gute politische Bildung und Demokratiewerk zu entwickeln.

5 Die Stimmen marginalisierter Gruppen sollten frühzeitig und kontinuierlich einbezogen werden.

Die Integration vielfältiger Perspektiven und Bedarfe in die Planung des „Demokratiewerks“ ist von zentraler Bedeutung, um einen Ort zu schaffen, der für alle Menschen zugänglich und einladend ist. Dies gilt sowohl mit Blick auf Mitarbeitende der demokratiestärkenden Organisationen als auch hinsichtlich der Zielgruppen, die sich im Rahmen von Veranstaltungen im „Demokratiewerk“ wohlfühlen sollen. Besonders wichtig dabei ist die aktive Einbeziehung von marginalisierten Gruppen wie queeren und migrantischen Gemeinschaften sowie Menschen mit Be-

hinderungen. Ihre Perspektiven werden nach wie vor häufig zu spät oder gar nicht berücksichtigt. Dabei sind dies entscheidend, um einen inklusiven, barrierefreien und sicheren Raum für alle zu gestalten. Die Einbeziehung marginalisierter Gruppen sollte bereits in der Planungsphase beginnen und kontinuierlich fortgesetzt werden. Nur durch frühzeitige Beteiligung können unterschiedliche Bedarfe berücksichtigt und sichergestellt werden.

6 Um sich stärker auf die inhaltliche Arbeit zu fokussieren, sollte die gemeinsame Nutzung von Dienstleistungen und Infrastruktur voll ausgeschöpft werden.

Vom „Demokratiewerk“ sollen demokratiestärkenden Organisationen vorrangig in ihrer inhaltlichen Arbeit profitieren. Um dies zu erreichen sollten, wo immer möglich und sinnvoll, geteilte Dienstleistungen und Infrastruktur etabliert werden. Die Bandbreite an Möglichkeiten ist dabei groß. Sie umfasst physische Gegenstände und Materialien (Drucker, Workshopmaterialien etc.) ebenso wie personelle Ressourcen im Bereich Personalwesen, Finanzen

und IT. Vor dem Hintergrund der Heterogenität der Akteure ist davon auszugehen, dass sich die Anforderungen an geteilte Dienstleistungen stark unterscheiden. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass, neben der inhaltlichen Arbeit des „Demokratiewerks“, auch die spezifischen Bedarfe unter Einbeziehung der Akteure in einem moderierten Prozess definiert werden.

7 Die Mietbedingungen müssen auch für kleine Akteure attraktiv sein.

Die Mietpreise vor allem in urbanen Räumen stellen demokratiestärkende Organisationen vor große Herausforderungen. Um einen Mehrwert zu liefern, sollte das „Demokratiewerk“ dieser Entwicklung entgegenstehen. Denn die Höhe der Miete bleibt ein Faktor für die Entscheidung, in Räumlichkeiten einzuziehen. Um möglichst vielen Akteuren den Zugang zu ermöglichen, sollten die Mietpreise idealerweise unter Marktniveau liegen.

Ebenso sollte das Haus gezielt Räume für externe Akteure der Demokratiewerk bereitstellen. Diese Offenheit ermöglicht eine gegenseitige Bereicherung: Externe Organisationen und Initiativen bringen frische Perspektiven und innovative Ideen ein, die den ansässigen demokratiestärkenden Organisationen neue Impulse verleihen. Diese Interaktion schafft eine dynamische und inspirierende Umgebung, die den Austausch und die Vernetzung fördert.

8 Das Spannungsverhältnis von Sicherheitsbedürfnissen und Offenheit muss gut durchdacht sein.

Das „Demokratiewerk“ sollte ein breites Nutzungsangebot bieten, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürgern das Haus als offen und einladend wahrnehmen. Gleichzeitig müssen jedoch Sicherheitsaspekte berücksichtigt werden. Dies betrifft einerseits die Mitarbeitenden, die möglicherweise Angriffen von antidemokratischen Kräften ausgesetzt sind. Andererseits müssen Besuchende, insbesondere jener Ziel-

gruppen, die gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausgesetzt sind (beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderungen, unterschiedlicher sexueller Identität und Orientierung u.a.), einen sicheren, inklusiven und diskriminierungsfreien Ort vorfinden. Dieses Spannungsverhältnis muss unter Beteiligung der demokratiestärkenden Akteure bereits in der Konzeptphase mitgedacht werden.

9 Das „Demokratiewerk“ soll Demokratie erlebbar machen und als Alltagsort fungieren.

Das „Demokratiewerk“ sollte als Ort der Begegnung und des Dialoges gestaltet werden, der alle einlädt, sich aktiv einzubringen und gemeinsam an der Stärkung der Demokratie zu arbeiten. Dies kann durch eine einladende und offene Gestaltung sowie durch niedrigschwellige Angebote gefördert werden, die es den Menschen erleichtern, sich zu engagieren. Dieser Ort soll als Werkstatt für die Demo-

kratie fungieren, in der alle Menschen an den Herausforderungen von heute und morgen arbeiten können. Das „Demokratiewerk“ sollte daher als Alltagsort gestaltet sein. Das könnte durch die Einrichtung eines Cafés, einer Bibliothek oder von Räumlichkeiten, in denen nicht konsumiert werden muss, umgesetzt werden.

6 Fazit und Ausblick

6.1 Abschließende Betrachtung

Diese Vorstudie untersucht, welche Chancen und Herausforderungen ein gemeinsamer Standort demokratiestärkender Organisationen – ein mögliches „Demokratiewerk“ – mit sich bringt. Der Studie liegen Umfragen und Interviews mit Akteuren der Demo-

kratiearbeit zugrunde. Ausgehend von den gewonnenen Erkenntnissen wurden Handlungsempfehlungen und -optionen für die Entwicklung eines gemeinsamen Standorts formuliert.

Ist-Zustand der demokratiestärkenden Organisationen

Die Betrachtung des Ist-Zustands der demokratiestärkenden Organisationen offenbart sowohl aktuelle Stärken als auch Schwächen. Auf der einen Seite verfügen die Organisationen über gut etablierte Netzwerke und hohe fachliche Expertise, die wertvollen Austausch und Kollaborationseffekte ermöglichen. Auf der anderen Seite fehlt es an einer dauerhaft strategisch geplanten Zusammenarbeit. Diese Lücke führt zu Mehrarbeit und ungenutzten Synergien. Eine zusätzliche Hürde ist die zu wenig abgestimmte Förderpolitik der verschiedenen Ministerien, welche die Koordination und Kooperation zwischen den Organisationen bisher nicht ausreichend stimulieren, teilweise gar einschränken.

Die Ressourcen innerhalb des befragten Organisationspektrums sind sehr heterogen. Viele kämpfen mit be-

grenzten personellen und räumlichen Kapazitäten, was ihre Arbeitsbedingungen negativ beeinflusst. Der angespannte Immobilienmarkt verschärft diese Herausforderungen zusätzlich. Daneben gibt es erste positive Entwicklungen, wie gute Erfahrungen mit der Nutzung von geteilten Büros, die zu effizienteren Raumlösungen und einer stärkeren Zusammenarbeit beitragen. Darauf gilt es aufzubauen.

In Bezug auf die Außenwirkung genießen die Organisationen hohes Ansehen und gelten als Expertinnen und Experten auf ihrem Gebiet. Allerdings variieren Qualität und Quantität der Öffentlichkeitsarbeit erheblich. Die Balance zwischen der ressourcenintensiven inhaltlichen Tätigkeit und einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit bleibt eine zentrale Herausforderung.

Chancen und Herausforderungen

Ein mögliches „Demokratiewerk“ bietet signifikante Chancen zur Verbesserung der strategischen Zusammenarbeit und Ressourcennutzung. Durch die Zusammenarbeit demokratiestärkender Organisationen an einem Ort, können Synergien geschaffen und innovative Ansätze gefördert werden. Innovativ kann in diesem Zusammenhang beispielsweise bedeuten, man entwickelt mithilfe des Kompetenzbündels der beteiligten Akteure ko-kreativ, zielgruppengerechte, wirkungsvolle sowie zeitgemäße Formate, und baut diese gemeinsam nachhaltig und mobil bis in ländliche Räume aus. Ein gemeinsamer zentraler Arbeitsort mit der entsprechenden modernen multifunktionalen Ausstattung unterstützt derartige Kreativprozesse maßgeblich. Die gemeinsame Nutzung von Dienstleistungen und Räumlichkeiten führt darüber hinaus zu Kostenreduzierungen. Als zentrale Anlaufstelle könnte das Haus die Sichtbarkeit und das Bewusstsein für demokratische Werte erhöhen, indem es eine breite

Repräsentation des demokratischen Spektrums bietet und die Öffentlichkeitsarbeit bündelt.

Jedoch sind auch einige Herausforderungen zu bewältigen. Die Zusammenarbeit zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Organisationskulturen und Arbeitsweisen erfordert sorgfältige Planung und Moderation, um Konflikte zu vermeiden. Strenge Fördervorgaben und mangelnde Flexibilität könnten die Kooperation behindern. Zudem müssen Inklusion und Barrierefreiheit gewährleistet werden, was zusätzliche Ressourcen und Planung erfordert. Sicherheitsvorkehrungen müssen getroffen werden, um einen angemessenen Schutz zu gewährleisten, ohne das „Demokratiewerk“ unzugänglich wirken zu lassen. Die Auswahl der beteiligten Organisationen muss transparent und gerecht erfolgen, um Ungleichgewichte und Konkurrenzempfindungen zu vermeiden.

6.2 Ausblick

Bei einer Weiterverfolgung des Vorhabens müsste in einem nächsten Schritt eine detaillierte Machbarkeitsstudie durchgeführt werden. Diese müsste Aspekte wie einen konkreten Standort, eine genaue Raumplanung, Anforderungen an ein Sicherheitskonzept, Inklusionsbedarfe sowie die Anzahl und Auswahlkriterien für mögliche Organisationen analysieren.

Ebenfalls sollte im Anschluss an die Veröffentlichung dieser Vorstudie ein partizipativer Machbarkeits- und Entwicklungsprozess mit relevanten Organisationen und der interessierten Öffentlichkeit eingeläutet werden, damit die Ergebnisse und Empfehlungen dieser Vorstudie mit weiteren Interessengruppen gespiegelt und vertieft werden können.

7 Methodische Vertiefung

a

Forschungsdesign, Gütekriterien und Limitationen

Um eine möglichst vielschichtige Perspektive zu ermöglichen, wurde für die Vorstudie ein Mixed-Methods-Ansatz gewählt, der die Vorteile quantitativer und qualitativer Erhebungsmethoden kombiniert. Quantitative Verfahren wie Umfragen gewährleisten eine höhere Vergleichbarkeit der Daten. Qualitative Erhebungen wie Interviews ermöglichen hingegen, spezifische Inhalte je nach Verlauf zu vertiefen und so zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen. Zusätzlich bietet der Ansatz die Möglichkeit, durch ähnliche Fragen im Interview und den Umfragen, die jeweils gegebenen Antworten auf Widersprüche zu überprüfen und somit die Aussagen zusätzlich zu validieren. Weitere Details des Forschungsdesigns werden im Folgenden näher beschrieben.

Neben der methodischen Vielfalt wurde durch die Erhebungen ebenfalls sichergestellt, dass verschiedene Akteure zur Sprache kommen. Die untersuchten demokratie-stärkenden Organisationen arbeiten zu verschiedenen Themenbereichen, sind von unterschiedlicher personeller sowie finanzieller Größe und basieren auf verschiedenen Rechtsformen. In den Interviews und dem umfangreichen Fragebogen zur Innenperspektive wurde primär die Leitungsebene befragt. Die Kurzversion des Fragebogens zur Innenperspektive wurde größtenteils von Personen aus der Arbeitsebene ausgefüllt. Zusätzlich wurde ein Fragebogen zur Erfassung der Meinungen der Bürgerinnen und Bürger entwickelt (weiterführende Anmerkungen hierzu im Abschnitt 7d.). Die Zusammensetzung der Stichprobe („Sample“) wurde zum Großteil bereits vor der Auftragserteilung durch das SMJusDEG vorgegeben. Die Auswahl weiterer Organisationen wurde mit dem Ministerium abgestimmt. Die Ansprache der demokratie-stärkenden Organisationen erfolgte über ein Anschreiben des SMJusDEG, gefolgt von einer E-Mail der Wider Sense GmbH mit näheren Informationen zum Interview und den Umfragen. Der größte Teil der gewünschten Gesprächspartnerinnen und -partner stimmte der Teilnahme an der Erhebung zu.

Der Erhebungszeitraum betrug rund einen Monat und variierte aus terminlichen Gründen leicht zwischen den Erhebungsformen. Die 14 Interviews wurden zwischen dem 21. Juni und 31. Juli 2024 geführt. Die Umfragen

konnten vom 27. Juni bis 28. Juli 2024 ausgefüllt werden. Mit Hilfe von Microsoft Teams und Zoom wurden die Interviews geführt und nach erfolgter Zustimmung zum Zweck der detaillierteren Auswertung aufgezeichnet. Die Gespräche wurden vom Interviewleiter geführt und durch eine Protokollantin bzw. einen Protokollanten begleitet. Bei den parallel durchgeführten Umfragen wurde mit der Erhebungssoftware SurveyMonkey gearbeitet. Hier konnten die Teilnehmenden über bereitgestellte Links die Umfragen ausfüllen. Die leitfadenge-stützten, teilstandardisierten Interviews dienten der detaillierten Besprechung und punktuellen Vertiefung der im Ergebnisteil dargestellten Aspekte. Je nach Gesprächsentwicklung konnte hiervon abgewichen werden, um Aspekte zu vertiefen und dadurch weiterführende Informationen zu gewinnen.

Von 13 der 14 befragten Organisationen wurde jeweils eine Person aus der Leitungsebene gebeten, eine Langversion der Umfrage auszufüllen. Dieser Bitte kamen zunächst zehn von 13 Personen nach, wobei eine Person aufgrund unzureichender Antworten nachträglich aus der Wertung ausgeschlossen wurde. Daher beträgt die bereinigte Teilnahmequote der Langversion rund 69 Prozent. Die Umfrage enthielt gleiche/ähnliche Fragen des Interviews (Kontrollfragen) und weiterführende Fragen für einen größeren und zugleich untereinander besser vergleichbaren Erkenntnisgewinn. Zusätzlich gab es eine Kurzversion der Umfrage, in der insbesondere die Arbeitsebene der Organisationen befragt wurde. Abzüglich von Fragen zu eher technischen Informationen zu den Organisationen, enthielt die Kurzversion dieselben Fragen. Die Aufteilung in zwei Umfragen erfolgte, um den Aufwand bei den Organisationen so gering wie möglich zu halten. Schließlich konnten die Umfrageergebnisse in der Auswertungsphase wieder zusammengefasst werden. So bezieht sich das Ergebnis auf eine größere Stichprobe. Nur größere Organisationen wurden gebeten, die kurze Umfrage auszufüllen, um einen unverhältnismäßig hohen Aufwand bei den kleineren und/oder projektfinanzierten Akteuren zu vermeiden. Es beteiligten sich zunächst weitere 23 Personen an dieser Umfrage. Zwei Teilnehmende wurden aufgrund unzureichender Antworten nachträglich aus der Wertung ausgeschlossen, sodass

in der finalen Auswertung 21 Personen berücksichtigt wurden. Insgesamt umfasst die Stichprobe somit 30 Organisationsvertreterinnen und -vertreter. Die Anzahl der Antworten variiert je Frage.

Zusätzlich wurde eine kurze Umfrage für die Erhebung der Außenperspektive konzipiert. Um hier möglichst viele Teilnehmende zu gewinnen, beinhaltete sie neben demografischen Angaben nur fünf Fragen, was eine sehr zügige Beantwortung ermöglichen sollte. Diese Umfrage sollte über die befragten Organisationen versendet und beworben werden. Diese Ergebnisse wurden aufgrund der niedrigen Beteiligung schließlich nicht in die Auswertung übernommen. Weiterführende Informationen zu diesem Aspekt sowie generell zu den Interviews und Umfragen folgen in den Abschnitten 7b bis 7d.

Sowohl die Interviews als auch die Umfragen sind in zwei Bereiche unterteilt: Ist-Zustand sowie Soll-Zustand. Zusätzlich die Gliederung in die drei Kategorien: (1) Zusammenarbeit, Kommunikation und Netzwerke, (2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen sowie (3) Außenwirkung und Reputation. Zu Beginn der Erhebungsphase wurden Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen noch in getrennten Kategorien abgefragt. Aufgrund der großen thematischen Schnittmenge wurden sie in der zweiten Hälfte der Interviews und schließlich im Ergebniskapitel gemeinsam betrachtet. Die Kategorien wurden vor der Erhebungsphase durch das SMJusDEG vorgegeben. Sie gelten als zentral für die Feststellung des Ist-Zustandes der Organisationen und die Bewertung eines „Demokratiewerks“. Eine gute Zusammenarbeit demokratie-stärkender Akteure wurde im Vorfeld durch das SMJusDEG als eines der wichtigsten Aspekte eines möglichen „Demokratiewerks“ bewertet. Zeitgleich war es wichtig zu erfahren, wie bereits jetzt die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren funktioniert und wie diese gestaltet ist.

Die Teilnahme an den Interviews und Umfragen war freiwillig. In den Umfragen wurde den Teilnehmenden die Möglichkeit eingeräumt anonym zu Antworten. Aufgrund der Gesprächsanbahnung durch das SMJusDEG, sind dem Ministerium die befragten Organisationen sowie Interviewpartnerinnen und -partner bekannt. Die Inhalte der Interviews wurden allerdings in anonymisierter Form aufbereitet. Es wurde durchgehend ein verantwortungsvoller Umgang mit den gewonnenen Daten sichergestellt. Bei der Entwicklung der Interviews und die Umfragen wurden die

interne Validität (Glaubwürdigkeit der Ergebnisse) und Reliabilität (Zuverlässigkeit der Ergebnisse) der Fragen in Bezug auf das Ziel der wissenschaftlichen Untersuchung berücksichtigt. Die Durchführung der standardisierten Umfragen erhöhte ebenso die Objektivität (keine Beeinflussung) der gewonnenen Erkenntnisse, die bei der Durchführung von Interviews wiederum limitiert ist. Bei der Erstellung und Auswertung der Fragebögen für die Interviews und Umfragen wurde mit höchster Sorgfalt, Genauigkeit und mit Hilfe mehrerer Feedbackschleifen gearbeitet. Allerdings wurden keine statistischen Messverfahren durchgeführt, welche die genannten Gütekriterien mit statistischen Werten unterlegen. Aufgrund der kleinen Stichprobe wäre die Aussagekraft dieser statistischen Ergebnisse ohnehin gering gewesen. Dass zwischen den Interview- und den Umfrageergebnissen keine Widersprüche aufgetreten sind, deutet auf eine Einhaltung der Gütekriterien hin.

Aufgrund der geringen Stichprobengröße handelt es sich um keine repräsentative Studie. Die Ergebnisse sollten daher nicht verallgemeinert und lediglich im Kontext dieser Vorstudie betrachtet werden. Diese fehlende Generalisierbarkeit der Ergebnisse deutet ebenso auf eine reduzierte externe Validität hin. Es handelt sich hierbei um eine explorative Studie, die keinen Anspruch auf eine statistische Genauigkeit hat. Im Sinne des Ziels der Vorstudie, liegt dessen Stärke darin, einen ersten Überblick und Anhaltspunkte zu den genannten Kategorien für möglicherweise später zu vertiefende Aspekte zu liefern.

b

Qualitative Interviews

Die teilstandardisierten Interviews sind ein zentrales Element dieser Vorstudie. Insgesamt wurden 14 Interviews geführt. Die jeweiligen Organisationen nahmen in der Regel mit einer Person aus der Leitungsebene, in zwei Fällen mit zwei Personen, an dem Interview teil. Es wurden 13 Gespräche mit demokratiestärkenden Organisationen in Sachsen geführt. Bei einem der 14 Gespräche wurde ein nicht-sächsischer Akteur interviewt, um eine Außenperspektive auf ein mögliches „Demokratiewerk“ zu ermöglichen.

Die Auswahl wurde vom SMJusDEG vorgegeben und Ergänzungsvorschläge wurden mit dem Ministerium abgestimmt. Von insgesamt 16 angefragten Gesprächspartnerinnen und -partnern sagten 14 zu. Die Gespräche wurden durch ein Schreiben des SMJusDEG angebahnt, auf welches eine E-Mail der Wider Sense GmbH mit weiteren Informationen folgte. Dadurch sind dem SMJusDEG die befragten Organisationen und Interviewpartnerinnen und -partner bekannt. Allerdings wurden die gewonnenen Erkenntnisse aus den Interviews in anonymisierter Form aufbereitet. Somit ist eine Rückverfolgung der Aussagen zu einzelnen Organisationen oder Personen nicht möglich. Die im Text angeführten Zitate wurden den Interviews entnommen und können vom Ersteller der Vorstudie nachgewiesen werden.

Die 14 Interviews wurden zum Zweck der besseren Auswertbarkeit nach erfolgter Zustimmung der Befragten aufgezeichnet. Sie wurden entlang des Leitfadens geführt, sodass zentrale Fragen allen Interviewten gestellt wurden. Somit konnte eine höhere Vergleichbarkeit der Aussagen ermöglicht werden. Um die Vorteile des Interviewformats optimal zu nutzen, wurden die Fragebögen punktuell angepasst, um organisationsspezifische Besonderheiten zu vertiefen. Der Interviewleiter konnte zudem vom Fragebogen abweichen, um relevante Aspekte zu intensivieren. Zu Beginn des Gesprächs stellten sich die am Interview beteiligten Personen vor und es wurden wenige Informationen zur Vorstudie gegeben, um die Befragten nicht zu beeinflussen und möglichst offene Gedanken zu dem Vorhaben zu erhalten. Entlang der genannten Kategorien wurde anschließend das Interview geführt. In den Kategorien wurden jeweils zunächst Fragen zum Ist-Zustand gestellt. Das Ziel war es, mehr zur aktuellen Situation der Organisation zu erfahren. Anschließend folgten Fragen zum Soll-Zustand, aus dem Chancen und Herausforderungen eines möglichen „Demokratiewerks“ abgeleitet wurden. Zum Abschluss wurde nach der generellen Einstellung zu einer Teilhabe am möglichen „Demokratiewerk“ gefragt. Die Befragten hatten im Anschluss die Möglichkeit noch nicht besprochene Aspekte anzuführen.

Die Auswertung der Interviews erfolgte durch eine qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2019). Mit Hilfe der zuvor festgelegten Kategorien wurden die Aussagen der Befragten passenden Unteraspekten zugeordnet. So konnten die Interviews miteinander verglichen und ein höherer Standardisierungsgrad erreicht werden. Ebenso ermöglicht diese Zuordnung die Häufigkeit der Aussagen zu erfassen und folglich eine quantitative Einschätzung vorzunehmen. Besonders oft genannte Aspekte wurden somit identifiziert und im Ergebniskapitel hervorgehoben. Darüber hinaus wurden die Erkenntnisse mit den Umfrageergebnissen abgeglichen. Durch die in den Umfragen gestellten Kontrollfragen, welche denen der Interviews glichen, hätten mögliche Widersprüche aufgedeckt werden können. Dieser Fall trat nicht auf. Für das Ergebniskapitel wurden die Erkenntnisse aus den Interviews und Umfragen kombiniert.

Trotz der kurzen Erhebungsdauer und der kurzfristigen Anfragen an die Organisationen, ist es gelungen, eine angemessen große und diverse Stichprobe zu gewährleisten. Dennoch hätten bei längerem zeitlichem Vorlauf und einer längeren Erhebungsphase noch mehr Organisationen befragt werden können. Die Zusammenlegung der Kategorie (2) Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen während der Erhebungsphase ist unter methodischen Gesichtspunkten zunächst nicht optimal. Es kam in den nachfolgenden Interviews allerdings zu keiner merkbaren Änderung im Antwortverhalten. Die Anpassung der Interviewleitfäden an die jeweiligen Organisationen erscheint ebenso angemessen gewesen zu sein, um die Vorteile eines Interviewformats optimal auszunutzen. Dennoch führt dies in der Regel zu einem geringeren Standardisierungsgrad. Die zuvor beschriebene Auswertungsmethodik sollte dazu beitragen, diesen Effekt zu minimieren. Bei der Stichprobe handelt es sich um eine sehr diverse Akteursgruppe. Dieser Umstand ermöglicht auch bei einer kleinen Stichprobe die Erhebung eines vielfältigen Meinungsbildes. Mit diesem Vorteil geht allerdings auch der Nachteil einher, dass die Aussagen der Akteure in Teilen schwieriger vergleichbar sind, da die Grundvoraussetzungen ihrer täglichen Arbeit so verschieden sind.

c

Quantitative Umfrage A (Organisationen: Innenperspektive)

In Ergänzung zu den Interviews wurden mit Hilfe von zwei Umfragen weitere Informationen von den Organisationen eingeholt. Die Aufteilung der Umfrage zur Innenperspektive in zwei Fragebögen diente der leichteren Bearbeitung durch die demokratiestärkenden Akteure. Die kumulierte Stichprobengröße der beiden zusammengefassten Fragebögen liegt bei insgesamt 30 Personen. Die Umfragen wurden mit Hilfe der Software SurveyMonkey programmiert und im Anschluss getestet. Nach der Freigabe konnten sie über einen separaten Link, der mit den Organisationen geteilt wurde, bearbeitet werden. Die Kurzversion bestand aus insgesamt 14 Fragen, die entlang der drei Kategorien entwickelt und nach dem Ist-Zustand sowie Soll-Zustand gegliedert wurden. Die nachträgliche Zusammenfassung von Ressourcennutzung und Arbeitsbedingungen zu einer Kategorie betraf ebenfalls die Umfragen. Dies hatte aber keinen Einfluss auf die Bearbeitung des Fragebogens. Es handelte sich um primär geschlossene Fragen mit einfacher Antwortauswahl. In wenigen Fällen bestand die Möglichkeit mehrere Aspekte anzukreuzen. Am Ende der Befragung konnten die Teilnehmenden über ein Freitextfeld weiterführende Gedanken teilen. In der Langversion gab es 13 zusätzliche Fragen. Diese beinhalteten primär technische Abfragen wie die Anzahl der Mitarbeitenden und durchgeführten Veranstaltungen, Mietkosten sowie der Rechtsform. Die weiteren 14 Fragen waren identisch zur Kurzversion.

Die Auswertung der Umfragen zur Innenperspektive verlief zweistufig. Nach Schließung der Umfragen wurden zunächst die Umfrageergebnisse der 14 identischen Fragen kumuliert. In einem zweiten Schritt erfolgte der Abgleich zu den Ergebnissen der Interviews. Hier wurden die Zustimmungswerte der einzelnen Fragen mit den Gesprächsergebnissen abgeglichen und überprüft, ob daraus Widersprüche hervorgehen.

Die Ergebnisse der Umfragen lieferten einen Mehrwert für das Ergebniskapitel, indem sie eine Überprüfung der Aussagen und eine größere Perspektivvielfalt zuließen. Dennoch handelt es sich hier um eine kleine Stichprobe. Auch wenn sich die Erkenntnisse aus der Umfrage und den Interviews stützen, bleibt die Aussagekraft bei der Umfrage auf den spezifischen Studiengegenstand begrenzt. Wie bereits in der kritischen Reflexion der Interviews erwähnt, handelte es sich bei der Stichprobe um sehr diverse Akteure. Dieser Umstand ermöglicht es, auch bei einer kleinen Stichprobe ein großes Meinungsbild einzuholen. Mit diesem Vorteil ist jedoch der Nachteil verbunden, dass die Aussagen der Akteure aufgrund der unterschiedlichen Grundvoraussetzungen ihrer täglichen Arbeit nur schwer vergleichbar sind.



d

Quantitative Umfrage B (Bürgerinnen und Bürger)

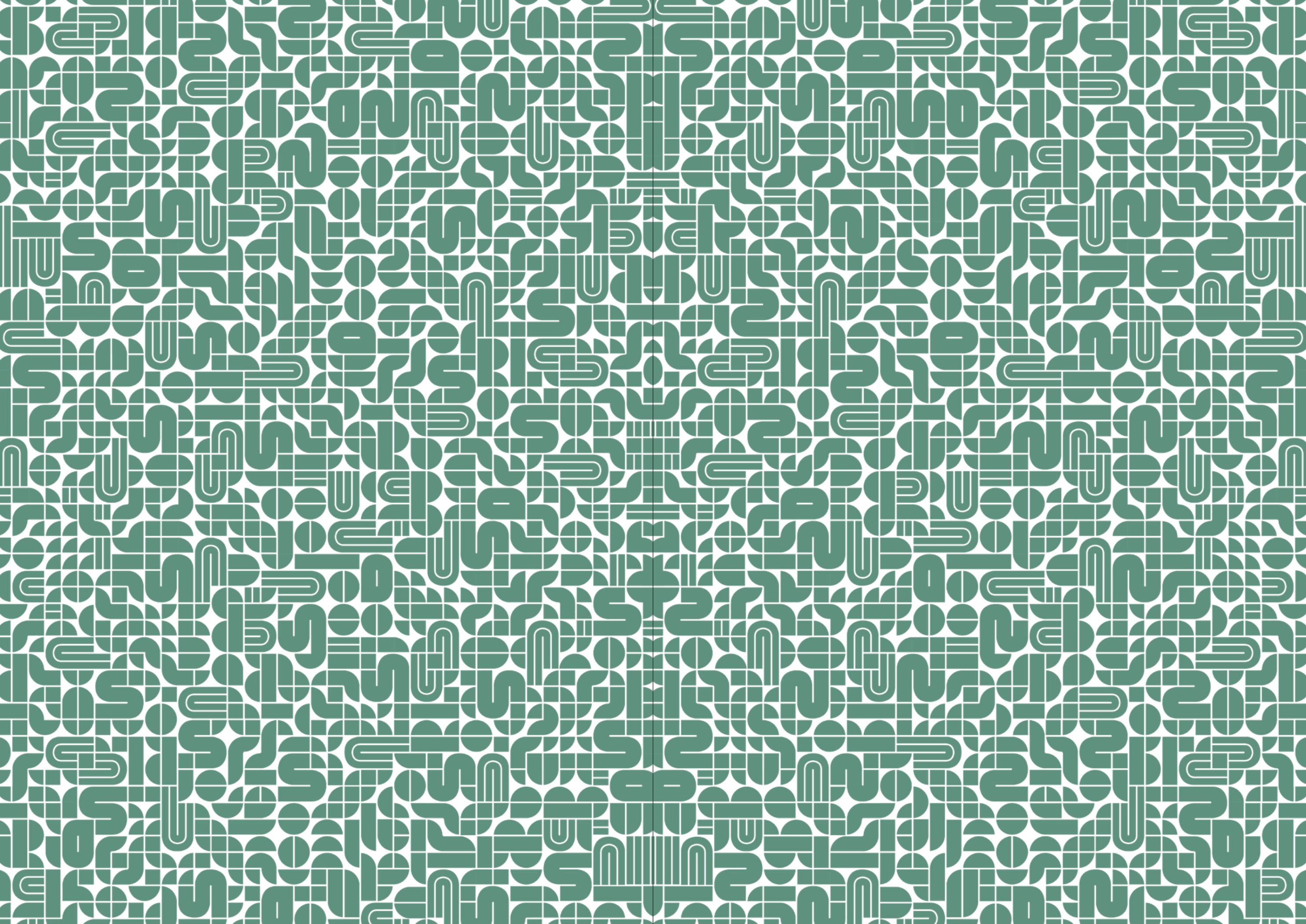
Die Umfrage an Bürgerinnen und Bürger wurde aufgrund der zu geringen Teilnehmendenzahlen nicht in den Studienergebnissen berücksichtigt. Dieses Vorgehen wurde mit dem SMJusDEG abgestimmt.

Die Verteilung des Umfragelinks für die Bürgerumfrage sollte durch die befragten Organisationen erfolgen. Um Aufwand und Nutzen in Relation zu halten, wurde insbesondere größere Akteure gebeten, die Verteilung über Newsletter oder nach Veranstaltungen vorzunehmen. Dieser Bitte kam nur ein Teil der angefragten Organisationen nach. Daher beschränkte sich die Grundgesamtheit der Teilnehmenden auf insgesamt 18 Personen. Die erhobenen demografischen Angaben werden aus Gründen der Anonymität daher nicht geteilt.

Die Umfrage beinhaltete elf Fragen, davon sieben zu inhaltlichen und vier zu demografischen Aspekten. Zunächst wurden die Teilnehmenden gebeten die aktuelle Situation der Organisation zu bewerten. Im weiteren Verlauf konnten Sie eine Einschätzung zum möglichen „Demokratiewerk“ abgeben. Die Umfrage konnte in etwa zwei Minuten bearbeitet werden, wodurch eine hohe Teilnahmequote erzielt werden sollte. Alle Teilnehmenden beantworteten alle inhaltlichen Single-Choice-Fragen und ein Drittel der Befragten teilte zusätzlich weiterführende Gedanken zum „Demokratiewerk“. Das spricht für eine niedrigschwellige Umfragegestaltung. Abhängig von der Versendung des Links, konnte die Umfrage vom 27. Juni bis 28. Juli 2024 ausgefüllt werden. Allen Organisationen wurde die Möglichkeit, die Umfrage offline durchzuführen, angeboten.

Die Antworten der Teilnehmenden wurden gesichtet, aufgrund der niedrigen Teilnehmendenzahl aber nicht weitergehend ausgewertet.

Der Hauptgrund für die geringe Weiterleitung des Umfragelinks durch die Organisationen war vermutlich die kurzfristige Planung und die begrenzte Dauer des Projekts. Gleichmaßen fiel der Umfragezeitraum leider auf die sächsischen Sommerferien, in denen nur sehr wenige Veranstaltungen der Akteure stattfinden. Auch die Teilnahme an Veranstaltungen ist im Zeitraum der Sommermonate stark reduziert. Außerdem hatten weitere Akteure ihr Programm und ihre Kommunikation in der Vorwahlphase in Sachsen schon lange vorab geplant. Die kurzfristige Einbindung dieses Themas erschien manchen Organisationen unpassend. Die beschriebenen Gründe wurden anfangs nicht ausreichend eingeplant. Alternative Distributionswege waren in so kurzer Zeit daher nicht mehr umsetzbar. Diese Bürgerumfrage hätte das Ergebniskapitel auf ein breiteres Fundament stellen können. Die Meinungen der Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens sollten in gegebenenfalls noch durchzuführenden Studien zentraler eingebunden werden.



Herausgeber:

Sächsisches Staatsministerium der Justiz
und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
01097 Dresden

Redaktion:

Stephan Dorgerloh, Sarah Winkler, Marius Ehrlnspiel,
Michel Wicke, Marius Faber (Wider Sense GmbH)

Gestaltung und Satz:

V-FORMATION GmbH

Druck:

SAXOPRINT

Redaktionsschluss:

16. September 2024

Bezug:

Online auf www.demokratie.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

